

ATOSS Software AG
München

Zur Einreichung zum elektronischen Bundesanzeiger
Konzernabschluss und Konzernlagebericht
31. Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage „Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt“ beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der **Offenlegung** im elektronischen Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der ATOSS Software AG, München, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 2. Februar 2011

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Müller
Wirtschaftsprüfer

Dr. Burger-Disselkamp
Wirtschaftsprüferin

Konzern-Bilanz zum 31.12.2010

Aktiva (EUR)	Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Langfristige Vermögenswerte	11		
Sachanlagevermögen (netto)	6,12, 28	2.812.173	794.681
Immaterielle Vermögenswerte (netto)	6,13, 28	136.155	113.214
Latente Steuern	14, 29	260.259	249.984
Langfristige Vermögenswerte, gesamt		3.208.587	1.157.879
Kurzfristige Vermögenswerte	8,10		
Vorräte	10, 26	9.480	8.712
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (netto)	6, 8, 9, 25	3.063.813	4.281.893
Sonstige finanzielle Vermögenswerte (kurzfristig)	8, 9, 27	801.791	923.700
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8, 9, 24	20.691.419	19.328.060
Kurzfristige Vermögenswerte, gesamt		24.566.503	24.542.365
Aktiva, gesamt		27.775.090	25.700.244

Passiva (EUR)	Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Eigenkapital	38		
Gezeichnetes Kapital	39	4.025.667	4.025.667
Kapitalrücklage	40	-375.203	-301.013
Eigene Anteile	19, 41	-376.284	-491.034
Bilanzgewinn	67	14.296.435	11.478.130
Eigenkapital, gesamt		17.570.615	14.711.750
Langfristige Schulden	30		
Wandelschuldverschreibungen	6, 17, 35, 36	7.000	16.000
Pensionsrückstellungen	18, 37	1.744.723	1.882.275
Latente Steuern	14, 29	727.851	753.508
Langfristige Schulden, gesamt		2.479.574	2.651.783
Kurzfristige Schulden	15,16, 30		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30	788.217	685.546
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)	15, 30, 32	4.153.537	4.276.870
Umsatzabgrenzungsposten	15, 30, 33	1.709.514	3.204.066
Steuerrückstellungen	29, 30	974.633	100.129
Rückstellungen (sonstige)	6, 16, 30, 34	99.000	70.100
Kurzfristige Schulden, gesamt		7.724.901	8.336.711
Passiva, gesamt		27.775.090	25.700.244

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

EUR	Anhang	01.01.2010 - 31.12.2010	01.01.2009 - 31.12.2009
Umsatzerlöse	6, 20, 42	29.314.472	29.086.994
Umsatzkosten	43	-9.352.871	-9.691.207
Bruttoergebnis vom Umsatz		19.961.601	19.395.787
Vertriebskosten	44	-4.753.527	-5.790.189
Verwaltungskosten	45	-2.544.283	-2.483.959
Forschungs- und Entwicklungskosten	21, 46	-5.962.616	-5.635.406
Sonstige betriebliche Aufwendungen	49	-18.531	-35.342
Sonstige betriebliche Erträge	49	156.948	68.608
Betriebsergebnis		6.839.592	5.519.499
Finanzerträge	48	208.365	369.663
Finanzaufwendungen	22, 48	-89.787	-34.833
Ergebnis vor Steuern		6.958.170	5.854.329
Steuern vom Einkommen und Ertrag	29, 51	-2.159.081	-1.890.031
Jahresüberschuss		4.799.089	3.964.298
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	52	1,21	1,00
Ergebnis je Aktie (verwässert)	52	1,21	1,00
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Aktien (unverwässert)		3.964.423	3.956.782
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Aktien (verwässert)		3.976.568	3.977.173

Konzern-Gesamtergebnisrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

EUR	Anhang	01.01.2010 - 31.12.2010	01.01.2009 - 31.12.2009
Jahresüberschuss		4.799.089	3.964.298
Erfolgsneutrale Veränderungen aus dem Verkauf/Kauf von eigenen Anteilen	19, 38, 41	40.560	19.024
Sonstiges Ergebnis der Periode nach Steuern		40.560	19.024
Gesamtergebnis nach Steuern		4.839.649	3.983.322

Konzern-Kapitalflussrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

EUR	Anhang	01.01.2010 - 31.12.2010	01.01.2009 - 31.12.2009
Jahresüberschuss	52	4.799.089	3.964.298
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	28	450.169	383.620
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen		511	-41.536
Veränderung der latenten Steuern	29	-35.933	583.789
Rückstellung Pensionszusage	37	-137.552	705.379
Veränderung des Nettoumlaufvermögens			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25	1.218.079	-826.607
Vorräte und sonstige finanzielle Vermögenswerte (kurzfristig)	26, 27	121.141	54.519
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30	102.671	459.116
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)	30, 32	-132.333	3.756.015
Umsatzabgrenzungsposten	30, 33	-1.494.550	1.718.156
Steuerrückstellungen	29, 30	874.504	-169.292
Rückstellungen (sonstige)	30, 34	28.900	-2.975.728
Aus betrieblicher Tätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (1)	53	5.794.696	7.611.729
Cash Flow aus Investitionstätigkeit			
Erwerb von Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	28	-2.491.113	-598.269
Einzahlungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		0	42.294
Aus Investitionstätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (2)	54	-2.491.113	-555.975
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividende	38	-1.980.784	-1.739.130
Auszahlungen aus dem Kauf eigener Anteile	19, 41	0	-30.416
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	19, 41	40.560	41.440
Aus Finanzierungstätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (3)	55	-1.940.224	-1.728.106
Veränderung des Finanzmittelfonds - Summe (1) bis (3)		1.363.359	5.327.648
Finanzmittelfonds zu Beginn des Jahres	24	19.328.060	14.000.412
Finanzmittelfonds am Ende des Jahres	24	20.691.419	19.328.060
gezahlte Ertragsteuern		1.350.682	1.553.487
erhaltene Steuererstattungen		130.698	520.739
gezahlte Zinsen		681	809
erhaltene Zinsen		225.231	211.666

Veränderung des Konzern-Eigenkapitals zum 31.12.2010

EUR	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Eigene Anteile	Bilanzgewinn	Summe
Anhang	39	40	19, 41	67	
01.01.2009	4.025.667	-248.453	-562.618	9.252.962	12.467.558
Jahresüberschuss 2009	0	0	0	3.964.298	3.964.298
Dividende	0	0	0	-1.739.130	-1.739.130
Kauf/Verkauf eigene Anteile					
Kauf eigener Anteile	0	0	-30.416	0	-30.416
Verkauf eigener Anteile	0	-52.560	102.000	0	49.440
Sonstiges Ergebnis aus dem Kauf/Verkauf eigener Anteile	0	-52.560	71.584	0	19.024
Stand 31.12.2009/01.01.2010	4.025.667	-301.013	-491.034	11.478.130	14.711.750
Jahresüberschuss 2010	0	0	0	4.799.089	4.799.089
Dividende	0	0	0	-1.980.784	-1.980.784
Kauf/Verkauf eigene Anteile					
Kauf eigener Anteile	0	0	0	0	0
Verkauf eigener Anteile	0	-74.190	114.750	0	40.560
Sonstiges Ergebnis aus dem Kauf/Verkauf eigener Anteile	0	-74.190	114.750	0	40.560
Stand 31.12.2010	4.025.667	-375.203	-376.284	14.296.435	17.570.615

Eine Aktie entspricht einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 1 Euro.

Konzern-Anhang für 2010

I. Informationen zum Unternehmen

Die ATOSS Software AG, im folgenden auch „ATOSS“ oder „Gesellschaft“ genannt, ist eine Aktiengesellschaft, die in München, Deutschland gegründet wurde und in ihrer Haftung beschränkt ist. Die Gesellschaft mit Hauptsitz Am Moosfeld 3 in München entwickelt und vertreibt als führender Anbieter Softwarelizenzen, Softwarepflege, Hardware und Beratungsleistungen zur elektronischen Unterstützung aller Unternehmensprozesse zum effizienten Personaleinsatz in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Produktlinien von ATOSS bestehen jeweils aus integrierten Softwaremodulen, die bei einer Vielzahl von Kunden zum Einsatz gebracht werden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

Der vorliegende Konzernabschluss wurde wie im Vorjahr für das Mutterunternehmen sowie die Tochterunternehmen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standard Board (IASB) veröffentlicht wurden sowie den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Unter Inanspruchnahme von § 315a HGB wird auf einen Konzernabschluss nach HGB verzichtet.

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Konzern wendet die folgenden bereits in Kraft getretenen neuen bzw. geänderten Standards im Geschäftsjahr 2010 erstmalig neu an.

Standard bzw. Interpretation	Bezeichnung	für Geschäftsjahre ab dem
IAS 27	Konzern- und Einzelabschluss	01.07.2009
IAS 39 und IFRIC 9	Änderung von IAS 39 und Neubeurteilung eingebetteter Derivate	30.06.2009
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung – geeignete Grundgeschäfte	01.07.2009
IFRS 1	Zusätzliche Ausnahmen für erstmalige Anwender	01.01.2010
IFRS 1	Erstmalige Anwendung	01.09.2009
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung	01.01.2010
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	01.07.2009
IFRIC 16	Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb	01.07.2009
IFRIC 17	Sachdividenden an Eigentümer	01.07.2009
IFRIC 18	Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden	01.07.2009

Die wesentlichen Auswirkungen dieser Änderungen stellen sich wie folgt dar:

Die Überarbeitung des Standards IAS 27, Konzern- und Einzelabschlüsse, mit Folgeänderungen zu IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen, und IAS 31, Anteile an Gemeinschaftsunternehmen, wurde im Januar 2008 veröffentlicht und ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01.07.2009 beginnen. Die Änderungen befassen sich im Wesentlichen mit der Bilanzierung von Änderungen des Beteiligungsanteils an Tochterunternehmen und dem Verlust der Kontrolle über solche und der Aufteilung von Verlusten von Tochtergesellschaften zwischen beherrschendem und nicht-beherrschendem Anteil. Die Gesellschaft hält alle Anteile an ihren Tochtergesellschaften. Beteiligungen in assoziierte Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen bestehen nicht. Daher sieht die Gesellschaft derzeit keine Relevanz aus den Änderungen.

Durch die veröffentlichten Änderungen von IAS 39 und IFRIC 9 ist es Unternehmen gestattet, bestimmte Finanzinstrumente unter bestimmten Umständen aus der Kategorie der erfolgswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert umzuklassifizieren. Mit den Änderungen an IFRIC 9 und IAS 39 wird klargestellt, dass bei einer Umklassifizierung aus der Kategorie der erfolgswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert alle eingebetteten Derivate neu beurteilt und wenn notwendig separat im Abschluss erfasst werden müssen. Da der Konzern keine eingebetteten Derivate besitzt, ergeben sich hieraus keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Die Änderungen zu IAS 39 wurden im August 2008 veröffentlicht und sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01. Juli 2009 beginnen. Die Änderungen konkretisieren, wie die in IAS 39 enthaltenen Prinzipien zur Abbildung von Sicherungsbeziehungen auf die Designation eines einseitigen Risikos in einem Grundgeschäft sowie auf die Designation von Inflationsrisiken als Grundgeschäft anzuwenden sind. Es wird klargestellt, dass es zulässig ist, lediglich einen Teil der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Cash-Flow-Schwankungen eines Finanzinstrumentes zu designieren. Aus den Änderungen sind keine Effekte auf den Konzern zu erwarten.

Die Änderungen zu IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS – räumen Erstanwendern Erleichterungen vom Grundsatz ein und betreffen die retrospektive Anwendung von IFRS in bestimmten Situationen. Weiterhin soll durch die Änderungen sichergestellt werden, dass Unternehmen bei der Umstellung auf IFRS keine unverhältnismäßig hohen Kosten entstehen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzern.

Der neu strukturierte IFRS 1 ersetzt den bisherigen IFRS 1 um die Nutzung und die Änderung dieses Standards künftig zu erleichtern. Mit dem neu strukturierten IFRS 1 werden zudem einige veraltete Übergangslinien gestrichen und geringfügige Textänderungen vorgenommen. Die derzeitigen Anforderungen bleiben hingegen unverändert.

Das IASB hat am 18. Juni 2009 Änderungen des IFRS 2 - Anteilsbasierte Vergütungen - herausgegeben, mit denen die Bilanzierung von in bar erfüllten anteilsbasierten Vergütungen im Konzern geregelt wird. Die Änderungen stellen klar, wie eine einzelne Tochtergesellschaft in einem Konzern bestimmte anteilsbasierte Vergütungsvereinbarungen in ihrem eigenen Abschluss bilanzieren soll. Im Rahmen dieser Vereinbarungen erhält das Tochterunternehmen Güter oder Dienstleistungen von Arbeitnehmern oder Lieferanten, aber das Mutterunternehmen oder ein anderes Konzernunternehmen hat diese Arbeitnehmer oder Lieferanten zu bezahlen. Durch die Änderungen an IFRS 2 wird geregelt, dass ein Unternehmen, das Güter oder Dienstleistungen im Rahmen einer anteilsbasierten Vergütungsvereinbarung erhält, diese Güter oder Dienstleistungen bilanzieren muss, unabhängig davon, welches Unternehmen im Konzern die zugehörige Verpflichtung erfüllt, und unabhängig davon, ob die Verpflichtung in Anteilen oder in bar erfüllt wird. Aus der Änderung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzern.

Der überarbeitete Standard IFRS 3 - Unternehmenszusammenschlüsse - wurde im Januar 2008 veröffentlicht und ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Der Standard führt Änderungen in der bilanziellen Behandlung von nach diesem Zeitpunkt stattfindenden Unternehmenszusammenschlüssen ein, die sich auf die Ansatzhöhe des Geschäfts- und Firmenwerts, auf die Ergebnisse des Berichtszeitraums, in dem ein Unternehmenserwerb erfolgt ist, und auf künftige Ergebnisse auswirken werden. Der Konsolidierungskreis und die Beteiligungshöhen an den Konzerngesellschaften blieben in 2008, 2009 und 2010 unverändert. Die Gesellschaft erwartet derzeit keine Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des Standards.

IFRIC 16 befasst sich mit der Währungskurssicherung (Hedge Accounting) von Netto-Investitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb. Die Interpretation stellt klar, dass eine Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nur zwischen der funktionalen Währung des ausländischen Geschäftsbetriebs und der funktionalen Währung der Muttergesellschaft möglich ist. Gesichert werden kann der Betrag des Nettovermögens des ausländischen Geschäftsbetriebs, der im Konzernabschluss erfasst wird. Das Sicherungsinstrument kann dann von jeder Konzerngesellschaft (mit Ausnahme derjenigen, deren Kursrisiken gesichert werden) gehalten werden. Bei Ausscheiden des ausländischen Geschäftsbetriebs aus dem Konsolidierungskreis sind der erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Betrag aus Wertänderung des Sicherungsinstruments sowie die in der Währungsrücklage erfassten Kursgewinne oder -verluste des ausländischen Geschäftsbetriebs in das laufende Ergebnis umzugliedern. Die Höhe des auf den aus dem Konsolidierungskreis ausscheidenden ausländischen Geschäftsbetrieb entfallenden kumulierten Kursgewinns oder -verlusts kann nach der Methode der stufenweisen Konsolidierung oder nach der direkten Konsolidierungsmethode ermittelt werden. IFRIC 16 ist grundsätzlich für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Oktober 2008 beginnen. IFRIC 16 wurde am 4. Juni 2009 durch die EU-Kommission in das europäische Recht übernommen. Die EU-Kommission hat bei der Übernahme der Interpretation einen abweichenden Zeitraum der erstmaligen Anwendung festgelegt. IFRIC 16 ist folglich auf Geschäftsjahre beginnend ab dem 30. Juni 2009 erstmalig anzuwenden. Im Geschäftsjahr 2010 wurden durch den Konzern keine Währungskurssicherungsgeschäfte durchgeführt, wodurch sich keine Auswirkungen auf den Konzern ergeben.

Durch IFRIC 17 wird klargestellt und erläutert, wie eine Bilanzierung von Sachdividenden an die Aktionäre eines Unternehmens zu erfolgen hat. Teilweise schütten Unternehmen andere Vermögenswerte als Zahlungsmittel (Sachwerte) als Dividenden an seine Eigentümer aus. In diesen Fällen kann ein Unternehmen seinen Eigentümern auch ein Wahlrecht einräumen, entweder Sachwerte oder einen Barausgleich zu erhalten. Durch IFRIC 17 werden Leitlinien zur Bilanzierung von Sachdividenden an die Eigentümer eines Unternehmens dargelegt. Der Konzern schüttete im Geschäftsjahr 2010 keine Sachdividenden aus, wodurch sich keine Effekte im Rahmen der Rechnungslegung ergeben.

IFRIC 18 ist insbesondere im Versorgungssektor relevant. Durch die Interpretation werden die IFRS-Regelungen für Vereinbarungen, in denen ein Unternehmen von einem Kunden einen Posten des Sachanlagevermögens erhält, den das Unternehmen dann entweder nutzen muss, um den Kunden an ein Netz anzuschließen oder um dem Kunden dauerhaften Zugang zur Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen zu gewähren (wie bspw. der Versorgung mit Elektrizität, Gas oder Wasser). In einigen Fällen erhält das Unternehmen von einem Kunden Barmittel, die es ausschließlich dazu verwenden darf, um den Posten des Sachanlagevermögens zu erwerben oder herzustellen, um den Kunden an ein Netz anzuschließen oder um dem Kunden dauerhaften Zugang zur Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen zu gewähren. Der Standard hat für den Konzern keine Relevanz.

Der Konzern hat die folgenden Standards, Änderungen an Standards, IFRIC Interpretationen der IFRS, die bereits herausgegeben wurden, jedoch noch nicht in Kraft getreten sind, noch nicht vorzeitig angewendet. Die sich aus diesen Änderungen ergebenden wesentlichen Auswirkungen werden nachfolgend erläutert.

Standard bzw. Interpretation	Bezeichnung	für Geschäftsjahre ab dem
IAS 24	Angaben über die Beziehung zu nahestehenden Personen	01.01.2011
IAS 32	Finanzinstrumente: Klassifizierung von Bezugsrechten	01.02.2010
IFRS 1	Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7	01.07.2010
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	01.01.2013
IFRIC 14	Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen	01.01.2011
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapital	01.07.2010

Durch die überarbeitete Fassung von IAS 24 werden zunächst die Berichtspflichten von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist (sog. state-controlled entities), vereinfacht. Bestimmte related party-Beziehungen, die sich aus einer Beteiligung des Staates an Privatunternehmen ergeben, sind von einigen im geänderten Standard genannten Angabepflichten nach IAS 24 ausgenommen. Darüber hinaus wurde die Definition der nahe stehenden Unternehmen und Personen grundlegend überarbeitet. Aus der Änderung des Standards ergibt sich keine Auswirkung auf den Konzern.

Mit der an IAS 32 durchgeführten Änderung wird klargestellt, wie bestimmte Bezugsrechte zu bilanzieren sind, wenn die emittierten Instrumente nicht auf die funktionale Währung des Emittenten lauten. Werden solche Instrumente den gegenwärtigen Eigentümern anteilsgemäß zu einem festen Betrag angeboten, so sollten sie auch dann als Eigenkapitalinstrumente eingestuft werden, wenn ihr Bezugsrechtskurs auf eine andere Währung als die funktionale Währung des Emittenten lautet. Aus der Änderung sind keine Effekte auf den Konzern zu erwarten.

Die Änderung an IFRS 1 ermöglicht Unternehmen, die erstmalig IFRS anwenden, die Befreiung von Vergleichsangaben für die Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert und für das Liquiditätsrisiko in Anspruch zu nehmen. Diese Befreiungen sieht IFRS 7 in Fällen vor, in denen die Vergleichsperioden vor dem 31. Dezember 2009 enden. Die Änderung führt zu keinen Auswirkungen auf die Konzernrechnungslegung.

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat am 12. November 2009 den neuen IFRS 9 zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teils eines 3-phasigen Projekts zur Ersetzung von IAS 39 - Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten eingeführt. Die Vorschriften müssen ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden. Am 28. Oktober 2010 hat der IASB IFRS 9 – Finanzinstrumente - erneut herausgegeben, in den neue Vorschriften für die Bilanzierung von finanziellen Verbindlichkeiten aufgenommen und die Vorschriften für die Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten aus IAS 39 übernommen wurden. Gleichzeitig wurde die Grundlage für Schlussfolgerungen neu strukturiert, und IFRS 9 (2009) wurde zurückgezogen. IFRIC 9 wurde durch IFRS 9 (2010) ersetzt. Der IASB beabsichtigt, IFRS 9 auszuweiten, um neue Vorschriften für die Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, und die Sicherungsbilanzierung aufzunehmen. Bis Ende Juni 2011 soll IFRS 9 vollständig für eine Ersetzung von IAS 39 zur Verfügung stehen. Durch die Einführung von IFRS 9 erwartet der Konzern keine Auswirkungen hinsichtlich der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Durch die Änderungen werden jedoch veränderte Anhangsangaben erwartet.

Durch die Änderungen von IFRIC 14 soll die unbeabsichtigte Folge von IFRIC 14 beseitigt werden, in denen ein Unternehmen, das einer Mindestdotierungsverpflichtung unterliegt, eine Beitragsvorauszahlung leistet und diese unter bestimmten Voraussetzungen als Aufwendung erfassen müsste. Die Interpretation gibt Hinweise, wie die Begrenzung nach IAS 19 „Employee Benefits“ für einen Überschuss festzulegen ist, der als Vermögenswert angesetzt werden kann. Zudem wird erklärt, welche Auswirkungen sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Rückstellungen aus leistungsorientierten Plänen auf Grund einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung zu einer Einzahlung von Mindestbeträgen ergeben. Dadurch wird sichergestellt, dass Unternehmen einen Planvermögensüberschuss als Vermögenswert konsistent bilanzieren. Der Konzern geht nicht davon aus, dass die Anwendung der Interpretation einen Einfluss auf die Darstellung des Konzernabschlusses hat.

IFRIC 19 soll Leitlinien für die Bilanzierung von Eigenkapitalinstrumenten liefern. Demnach können Schuldner und Gläubiger die Konditionen einer finanziellen Verbindlichkeit neu aushandeln und vereinbaren, dass der Schuldner die Verbindlichkeit durch Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten an den Gläubiger ganz oder teilweise tilgt. Transaktionen dieser Art werden auch als „Debt-Equity-Swaps“ bezeichnet. Derartige Transaktionen wurden durch die Gesellschaft nicht vorgenommen, wodurch sich auf den Konzern hieraus keine Relevanz ergibt.

Das IASB hat das jährliche Änderungsverfahren 2007 eingeführt, um notwendige, aber nicht dringende Änderungen an Standards einheitlich jährlich vornehmen zu können. Diese „Verbesserungen der IFRS“ wurden im Mai 2008, April 2009 und Mai 2010 veröffentlicht. Die in 2009 veröffentlichten Verbesserungen der IFRS, die für Geschäftsjahre ab dem 01.01.2010 anzuwenden sind, wurden durch den Konzern im Geschäftsjahr 2010 angewendet.

Die in 2010 veröffentlichten Verbesserungen der IFRS, die für Geschäftsjahre ab dem 01.01.2011 angewendet werden müssen, wurden durch den Konzern nicht angewendet. Bei den Verbesserungen 2010 handelt es sich um IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards, IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse, IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben, IAS 1 – Darstellung des Abschlusses, IAS 27 – Konzern- und Einzelabschlüsse, IAS 34 – Zwischenberichterstattung sowie IFRIC 13 – Kundenbindungsprogramme.

Da das jährliche Verbesserungsverfahren im Wesentlichen Inkonsistenzen beseitigt und missverständliche Formulierungen klarstellt, ergeben sich durch die Anwendung keine Effekte auf die Bilanzierung, Bewertung sowie Angaben im Abschluss.

2. Grundlagen der Erstellung des Abschlusses

Der vorliegende Konzernabschluss wurde zum 31.12.2010 für das Berichtsjahr vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 erstellt. Das Wirtschaftsjahr entspricht für alle Konzerngesellschaften dem Kalenderjahr. Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind kurzfristige finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

3. Berichtswährung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde in Euro erstellt. Die Beträge werden auf ganze Euro gerundet dargestellt.

4. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der ATOSS Software AG, München, werden gemäß IAS 27.12 alle Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Tochterunternehmen werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d.h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, voll konsolidiert. Die Konsolidierung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Einhaltung einheitlicher Rechnungslegungsmethoden für das gleiche Berichtsjahr aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Salden, Erträge und Aufwendungen sowie unrealisierte Gewinne und Verluste und Dividenden aus konzerninternen Transaktionen werden in voller Höhe eliminiert.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen,

- bucht es die Vermögenswerte (einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert) und die Schulden des Tochterunternehmens aus;
- bucht es den Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen aus;
- bucht es die im Eigenkapital erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen aus;
- erfasst es den beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung;
- erfasst es den beizulegenden Zeitwert der verbleibenden Beteiligung;
- erfasst es Ergebnisüberschüsse bzw. -fehlbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung;
- gliedert es die auf das Mutterunternehmen entfallenden Bestandteile des sonstigen Ergebnisses in die Gewinn- oder Verlustrechnung oder soweit vorgeschrieben in die Gewinnrücklagen um.

Die Jahresabschlüsse wurden entsprechend den nationalen Vorschriften erstellt und auf die Vorschriften nach IFRS übergeleitet.

Unternehmen	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital 31.12.2010 in EUR	Jahresergebnis 2010 in EUR
ATOSS CSD Software GmbH, Cham, Deutschland	100%	441.539	125.828
ATOSS Software Gesellschaft m.b.H., Wien, Österreich	100%	1.688.958	543.241
ATOSS Software AG, Zürich, Schweiz	100%	673.686	233.807
ATOSS Software S.R.L., Timisoara, Rumänien	100%	166.125	55.162

5. Konsolidierungsgrundsätze

Der konsolidierte Jahresabschluss beinhaltet neben dem Mutterunternehmen ATOSS Software AG, München, sämtliche Tochtergesellschaften.

Für Zwecke der Konsolidierung werden die nationalen Abschlüsse der Tochterunternehmen entsprechend der bei dem Mutterunternehmen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst. Alle Transaktionen sowie Forderungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Abgrenzungsposten zwischen den Gesellschaften wurden eliminiert.

Die Kapitalkonsolidierung der vollkonsolidierten Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Dabei werden die Wertansätze der entrichteten Vermögenswerte und der übernommenen Schulden als Anschaffungswerte der Beteiligungen mit dem bei den Tochterunternehmen ausgewiesenen Eigenkapital gemäß IAS 27.22 ff. zum Erwerbszeitpunkt verrechnet. Die Kapitalkonsolidierung der in 2000 übernommenen Anteile der ATOSS CSD Software GmbH, Cham, erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 1 B1 unverändert nach der Interessenzusammenführungsmethode.

Unternehmenszusammenschlüsse werden ab 01.01.2010 nach IFRS 3 unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs bemessen sich als Summe der übertragenen Gegenleistung, bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen. Bei jedem Unternehmenszusammenschluss bewertet der Erwerber die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses angefallene Kosten werden als Aufwand erfasst.

Erwirbt der Konzern ein Unternehmen, beurteilt er die geeignete Klassifizierung und Designation der finanziellen Vermögenswerte und übernommenen Schulden in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und am Erwerbszeitpunkt vorherrschenden Bedingungen. Dies beinhaltet auch eine Trennung der in Basisverträgen eingebetteten Derivate.

Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst.

Eine vereinbarte bedingte Gegenleistung wird zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts einer bedingten Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, werden in Übereinstimmung mit IAS 39 entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine bedingte Gegenleistung, die als Eigenkapital eingestuft ist, wird nicht neu bewertet und ihre spätere Abgeltung wird im Eigenkapital erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der übertragenen Gegenleistung über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden des Konzerns bemessen. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des Reinvermögens des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns zugeordnet, die vom Unternehmenszusammenschluss erwartungsgemäß profitieren werden. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des erworbenen Unternehmens diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, wird der dem veräußerten Geschäftsbereich zuzurechnende Geschäfts- oder Firmenwert als Bestandteil des Buchwerts des Geschäftsbereichs bei der Ermittlung des Ergebnisses aus der Veräußerung dieses Geschäftsbereichs berücksichtigt. Der Wert des veräußerten Anteils des Geschäfts- oder Firmenwerts wird auf der Grundlage der relativen Werte des veräußerten Geschäftsbereichs und des verbleibenden Teils der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt.

Die bestehende Gesellschaftsstruktur wurde im Geschäftsjahr 2010 nicht verändert.

6. Schätzungen, Annahmen und Ermessensentscheidungen bei der Erstellung des Konzernabschlusses

Die Aufstellung der Jahresabschlüsse in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfordert Schätzungen und Annahmen, welche die Beträge der Konzern-Bilanz, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Anhangsangaben beeinflussen.

So werden Schätzungen bei der Ermittlung der Umsatzerlöse bei Fertigungsaufträgen vorgenommen. Deren Höhe richtet sich nach der voraussichtlichen Dauer der Implementierung und dem daraus resultierenden anteiligen Projektfortschritt. Die Umsätze aus zum Bilanzstichtag in Implementierung befindlichen Fertigungsaufträgen belaufen sich im Geschäftsjahr 2010 auf EUR 2.367.062 (Vorjahr: EUR 2.976.007).

Daneben wird bei Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen die zukünftige Ausübung anhand der voraussichtlichen Mitarbeiterfluktuation geschätzt.

Die Ermittlung der Wertminderungen bei Forderungen unterliegt ebenfalls Schätzungen über Tatbestände, welche die Werthaltigkeit von Forderungen beeinflussen. Der Buchwert der Forderungen beträgt zum 31.12.2010 EUR 3.063.813 (Vorjahr: EUR 4.281.893).

Ferner werden Schätzungen bei der Bildung und Bewertung von Rückstellungen hinsichtlich zukünftiger Risiken vorgenommen. Der Buchwert der Rückstellungen liegt zum 31.12.2010 bei EUR 99.000, während er zum 31.12.2009 bei EUR 70.100 lag.

Schließlich unterliegt auch die voraussichtliche Nutzungsdauer von Gegenständen des Anlagevermögens einer Schätzung. Der Buchwert des Anlagevermögens (Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte) beträgt zum 31.12.2010 EUR 2.948.328 (Vorjahr: EUR 907.895).

Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Schätzungen abweichen.

7. Währungsumrechnung

Die funktionale Währung sämtlicher Konzerngesellschaften ist der Euro.

Fremdwährungstransaktionen werden von den Konzernunternehmen zunächst zu dem am Tag des Geschäftsvorfalles jeweils gültigen Kassakurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Monetäre Vermögenswerte und Schulden in einer Fremdwährung werden unter Verwendung des jeweiligen Stichtagskurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in einer Fremdwährung bewertet werden, werden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Nicht-monetäre Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet werden, werden mit dem Kurs umgerechnet, der zum Zeitpunkt der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts gültig ist.

Entsprechende Fremdwährungsgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

8. Finanzielle Vermögenswerte

Erstmalige Erfassung und Bewertung

Finanzielle Vermögenswerte im Sinne von IAS 39 werden entweder als finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als Kredite und Forderungen, als bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder als Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert wurden und als solche effektiv sind, klassifiziert. Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte mit dem erstmaligen Ansatz fest.

Finanzielle Vermögenswerte werden bei der erstmaligen Erfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von Finanzinvestitionen, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert sind, werden darüber hinaus Transaktionskosten berücksichtigt, die direkt dem Erwerb der Vermögenswerte zuzurechnen sind.

Käufe oder Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die die Lieferung der Vermögenswerte innerhalb eines Zeitraums vorsehen, der durch Vorschriften oder Konventionen des jeweiligen Marktes festgelegt wird (marktübliche Käufe), werden am Handelstag erfasst, d. h. am Tag, an dem der Konzern die Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf des Vermögenswerts eingegangen ist.

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns umfassen Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte.

Folgebewertung

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten hängt folgendermaßen von deren Klassifizierung ab:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Die Gruppe der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthält die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte sowie finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden. Finanzielle Vermögenswerte werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung oder des Rückkaufs in der nahen Zukunft erworben werden. Diese Kategorie umfasst vom Konzern abgeschlossene derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente in Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 designiert sind. Derivative, einschließlich getrennt erfasster eingebetteter Derivate, werden ebenfalls zu Handelszwecken gehalten eingestuft, mit Ausnahme von Derivaten, die als Sicherungsinstrument designiert wurden und als solche effektiv sind. Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasste finanzielle Vermögenswerte werden in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Änderungen des beizulegenden Zeitwertes in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen erfasst werden.

Im Rahmen der Folgebewertung ist bei den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfassten finanziellen Vermögenswerten (zu Handelszwecken gehalten) zu überprüfen, ob die Absicht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist.

Sofern der Konzern diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht handeln kann und die Absicht des Managements, diese in absehbarer Zukunft zu veräußern, aufgegeben wird, kann der Konzern beschließen, diese finanziellen Vermögenswerte unter außergewöhnlichen Umständen umzugliedern. Die Umgliederung in Kredite und Forderungen, zur Veräußerung verfügbare oder bis zur Endfälligkeit zu haltend ist abhängig von der Art des Vermögenswerts. Diese Bewertung wirkt sich nicht auf die finanziellen Vermögenswerte aus, die in Ausübung der Fair-Value-Option als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft wurden.

In Basisverträgen eingebettete Derivate werden separat bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wenn ihre wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit denen der Basisverträge verbunden sind und die Basisverträge nicht zu Handelszwecken gehalten oder nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert werden. Diese eingebetteten Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam erfasst werden. Eine Neubeurteilung erfolgt nur bei einer Änderung von Vertragsbedingungen, wenn es dadurch zu einer signifikanten Änderung der Zahlungsströme kommt, die sich sonst aus dem Vertrag ergeben hätten.

Kredite und Forderungen

Kredite und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Nach ihrer erstmaligen Erfassung werden solche finanziellen Vermögenswerte im Rahmen einer Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode und abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Fortgeführte Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung eines Agio oder Disagio bei Akquisitionen sowie Gebühr oder Kosten berechnet, die einen integralen Bestandteil des Effektivzinssatzes darstellen. Der Ertrag aus der Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil der Finanzerträge enthalten. Die Verluste aus einer Wertminderung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Finanzaufwendungen erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen

Nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder ermittelbaren Zahlungsbeträgen und festen Fälligkeitsterminen werden als bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen klassifiziert, wenn der Konzern die Absicht hat und in der Lage ist, diese bis zur Fälligkeit zu halten. Nach ihrer erstmaligen Erfassung werden bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode und abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Fortgeführte Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung eines Agio oder Disagio bei Akquisition sowie Gebühren oder Kosten berechnet, die einen integralen Bestandteil des Effektivzinssatzes darstellen. Der Ertrag aus der Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil der Finanzerträge enthalten. Die Verluste aus einer Wertminderung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Finanzaufwendungen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-For-Sale) enthalten Schuld- und Eigenkapitaltitel. Bei den als zur Veräußerung gehalten eingestuften Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich um diejenigen, die weder als zu Handelszwecken gehalten noch erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft sind. Bei den Schultiteln in dieser Kategorie handelt es sich um diejenigen, die für einen unbestimmten Zeitraum gehalten werden sollen und die als Reaktion auf Liquiditätsbedarf oder Änderungen der Marktbedingungen verkauft werden können.

Nach der erstmaligen Bewertung werden zur Veräußerung gehaltene finanzielle Vermögenswerte in den folgenden Perioden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Nicht realisierte Gewinne oder Verluste werden als sonstiges Ergebnis in der Rücklage für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte erfasst. Wenn ein solcher Vermögenswert ausgebucht wird, wird der kumulierte Gewinn oder Verlust in die sonstigen betrieblichen Erträge umgegliedert. Wenn ein Vermögenswert wertgemindert ist, wird der kumulierte Verlust erfolgswirksam in den Finanzaufwendungen erfasst und aus der Rücklage für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte entfernt.

Durch den Konzern ist zu beurteilen, ob bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten die Möglichkeit und Absicht besteht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist. Sofern der Konzern diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht handeln kann und die Absicht des Managements, diese in absehbarer Zukunft zu verkaufen, sich wesentlich ändert, kann der Konzern beschließen, diese finanziellen Vermögenswerte unter außergewöhnlichen Umständen umzugliedern. Die Umgliederung in die Kategorie Kredite und Forderungen ist dann gestattet, wenn der finanzielle Vermögenswert die Definition von Krediten und Forderungen erfüllt und der Konzern die Absicht hat und in der Lage ist, diesen Vermögenswert auf absehbare Zeit oder bis zu seiner Fälligkeit zu halten. Die Umgliederung in die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte ist nur dann gestattet, wenn das Unternehmen in der Lage ist und die Absicht hat, den finanziellen Vermögenswert entsprechend zu halten.

Bei einem finanziellen Vermögenswert, der aus der Kategorie zur Veräußerung verfügbar umgegliedert wurde, sind alle mit diesem Vermögenswert verbundenen früheren Gewinne oder Verluste, die erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden, über die Restlaufzeit der Finanzinvestition unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfolgswirksam aufzulösen. Die Differenzen zwischen den neuen fortgeführten Anschaffungskosten und den erwarteten Zahlungsströmen sind mittels der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Vermögenswerts aufzulösen. Wird nachträglich eine Wertminderung des Vermögenswerts festgestellt, ist der direkt im Eigenkapital erfasste Betrag in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedern.

Ausbuchung

Ein finanzieller Vermögenswert (bzw. ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte) wird ausgebucht, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cash Flows aus einem finanziellen Vermögenswert sind erloschen.
- Der Konzern hat seine vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cash Flows aus dem finanziellen Vermögenswert an Dritte übertragen oder eine vertragliche Verpflichtung zur sofortigen Zahlung des Cash Flows an eine dritte Partei im Rahmen einer Vereinbarung, die die Bedingungen in IAS 39.19 erfüllt (sog. Durchleitungsvereinbarung), übernommen und dabei entweder a) im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, übertragen oder b) zwar im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder übertragen noch zurückbehalten, jedoch die Verfügungsmacht an dem Vermögenswert übertragen.

Wenn der Konzern seine vertraglichen Rechte auf Cash Flows aus einem Vermögenswert überträgt oder eine Durchleitungsvereinbarung eingeht und dabei im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, weder überträgt noch zurückbehält, jedoch die Verfügungsmacht an dem übertragenen Vermögenswert behält, erfasst der Konzern einen Vermögenswert im Umfang seines anhaltenden Engagements.

In diesem Fall erfasst der Konzern auch eine damit verbundene Verbindlichkeit. Der übertragene Vermögenswert und die damit verbundene Verbindlichkeit werden so bewertet, dass den Rechten und Verpflichtungen, die der Konzern behalten hat, Rechnung getragen wird.

Wenn das anhaltende Engagement der Form nach den übertragenen Vermögenswert garantiert, so entspricht der Umfang des anhaltenden Engagements dem niedrigeren Betrag aus dem ursprünglichen Buchwert des Vermögenswerts und dem Höchstbetrag der erhaltenen Gegenleistung, den der Konzern eventuell zurückzahlen müsste.

9. Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern ermittelt an jedem Berichtstag, ob objektive Hinweise bestehen, dass eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten gilt nur dann als wertgemindert, wenn infolge eines oder mehrerer Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswerts eintreten (ein eingetretener „Schadensfall“), objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und dieser Schadensfall eine Auswirkung auf die erwarteten künftigen Cash Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe der finanziellen Vermögenswerte hat, die sich verlässlich schätzen lässt. Hinweise auf eine Wertminderung können dann gegeben sein, wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass der Schuldner oder eine Gruppe von Schuldnern erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, bei Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen, der Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz oder eines sonstigen Sanierungsverfahrens und wenn beobachtbare Daten auf eine messbare Verringerung der erwarteten künftigen Cash Flows hinweisen, wie Änderungen bei Rückständen oder wirtschaftlichen Bedingungen, die mit Ausfällen korrelieren.

Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden

In Bezug auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte wird zunächst festgestellt, ob ein objektiver Hinweis auf Wertminderung bei finanziellen Vermögenswerten, die für sich gesehen bedeutsam sind, individuell und bei finanziellen Vermögenswerten, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, individuell oder gemeinsam besteht. Stellt der Konzern fest, dass für einen einzelnen untersuchten finanziellen Vermögenswert, sei er bedeutsam oder nicht, kein objektiver Hinweis auf Wertminderung besteht, nimmt er den Vermögenswert in eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen auf und untersucht sie gemeinsam auf Wertminderung. Vermögenswerte, die einzeln auf Wertminderungen untersucht werden und für die eine Wertberichtigung neu bzw. weiterhin erfasst wird, werden nicht in eine gemeinsame Wertminderungsbeurteilung einbezogen.

Bestehen objektive Anhaltspunkte dafür, dass eine Wertminderung eingetreten ist, ergibt sich die Höhe des Wertminderungsverlusts als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Cash Flows (mit Ausnahme erwarteter künftiger, noch nicht eingetretener Kreditausfälle). Der Barwert der erwarteten künftigen Cash Flows wird mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz des finanziellen Vermögenswerts abgezinst. Ist ein Kredit mit einem variablen Zinssatz ausgestattet, entspricht der zur Bewertung eines Wertminderungsaufwands verwendete Abzinsungssatz dem aktuellen effektiven Zinssatz.

Der Buchwert des Vermögenswerts wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert und der Wertminderungsverlust erfolgswirksam erfasst. Auf den geminderten Buchwert werden weiterhin Zinserträge erfasst; dies geschieht mithilfe des Zinssatzes, der zur Abzinsung der künftigen Cash Flows bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands verwendet wurde. Die Zinserträge werden als Teil der Finanzerträge in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Forderungen werden einschließlich der damit verbundenen Wertberichtigung ausgebucht, wenn sie als uneinbringlich eingestuft werden und sämtliche Sicherheiten in Anspruch genommen und verwertet wurden. Erhöht oder verringert sich die Höhe eines geschätzten Wertminderungsaufwands in einer folgenden Berichtsperiode aufgrund eines Ereignisses, das nach der Erfassung der Wertminderung eintritt, wird der früher erfasste Wertminderungsaufwand durch Anpassung des Wertberichtigungskontos erfolgswirksam erhöht oder verringert. Wird eine ausgebuchte Forderung aufgrund eines Ereignisses, das nach der Ausbuchung eintritt, später wieder als einbringlich eingestuft, wird der entsprechende Betrag unmittelbar gegen die Finanzaufwendungen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Der Konzern ermittelt für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegt.

Bei als zur Veräußerung gehalten eingestuftem Eigenkapitalinstrumenten würde ein signifikanter oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwerts des Instruments unter seine Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis darstellen. Das Kriterium „signifikant“ ist anhand der ursprünglichen Anschaffungskosten der Finanzinvestition zu beurteilen und das Kriterium „länger anhaltend“ anhand des Zeitraums, in dem der beizulegende Zeitwert unter den ursprünglichen Anschaffungskosten lag.

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der kumulierte Verlust – der sich als Unterschiedsbetrag aus den Anschaffungskosten und dem derzeitigen beizulegenden Zeitwert abzüglich eines etwaigen früher erfolgswirksam verbuchten Wertminderungsaufwands auf dieses Instrument ergibt – aus dem sonstigen Ergebnis entfernt und erfolgswirksam erfasst. Wertberichtigungen für Eigenkapitalinstrumente werden nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht: ein späterer Anstieg des beizulegenden Zeitwerts wird direkt im sonstigen Ergebnis erfasst.

Bei der Ermittlung der Wertminderung von als zur Veräußerung verfügbar eingestuftem Schuldinstrumenten werden die gleichen Kriterien herangezogen wie bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten. Der für Wertminderungen erfasste Betrag ist jedoch der kumulierte Verlust, der sich als Unterschiedsbetrag aus den fortgeführten Anschaffungskosten und dem derzeitigen beizulegenden Zeitwert abzüglich eines etwaigen früher erfolgswirksam verbuchten Wertminderungsaufwands auf dieses Instrument ergibt.

Auf den geminderten Buchwert des Vermögenswerts werden weiterhin künftige Zinserträge erfasst; die Ermittlung wird mithilfe des Zinssatzes vorgenommen, der zur Abzinsung der künftigen Cash Flows bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands verwendet wurde. Die Zinserträge werden als Teil der Finanzerträge erfasst. Wenn der beizulegende Zeitwert eines Schuldinstruments in einer nachfolgenden Berichtsperiode ansteigt und sich der Anstieg objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der erfolgswirksamen Verbuchung der Wertminderung auftrat, wird der Betrag der Wertaufholung erfolgswirksam erfasst, es sei denn, dass der Vermögenswert zum Neubewertungsbetrag erfasst wird. Jede Wertaufholung eines neu bewerteten Vermögenswerts ist als eine Wertsteigerung durch Neubewertung zu behandeln.

10. Vorräte

Die Gesellschaft bewertet ihre Vorräte gemäß IAS 2.9 zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Nettoveräußerungswert. Bei Vorräten, die austauschbar sind, werden die Anschaffungskosten nach dem First-in-First-out-Verfahren (FIFO) ermittelt.

Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten Vertriebskosten.

Alle erkennbaren Risiken, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer oder geminderter Verwendbarkeit ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt.

11. Langfristige Vermögenswerte

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Werthaltigkeit erforderlich, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des jeweiligen Vermögenswerts vor. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der erzielbare Betrag ist für jeden einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, es sei denn, ein Vermögenswert erzeugt keine Cash Flows, die weitestgehend unabhängig von denen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten sind. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts seinen erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben. Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cash Flows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffekts und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Verkaufskosten wird ein angemessenes Bewertungsmodell angewandt. Dieses stützt sich auf Bewertungsmultiplikatoren oder andere zur Verfügung stehende Indikatoren für den beizulegenden Zeitwert.

Wertminderungsaufwendungen der fortzuführenden Geschäftsbereiche werden erfolgswirksam in den Aufwandskategorien erfasst, die der Funktion des wertgeminderten Vermögenswerts im Unternehmen entsprechen.

Für Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung vorgenommen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand nicht mehr länger besteht oder sich verringert hat. Wenn solche Anhaltspunkte vorliegen, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags vor. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird nur dann rückgängig gemacht, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Ist dies der Fall, so wird der Buchwert des Vermögenswerts auf seinen erzielbaren Betrag erhöht. Dieser Betrag darf jedoch nicht den Buchwert übersteigen, der sich nach Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ergeben würde, wenn in den früheren Jahren kein Wertminderungsaufwand für den Vermögenswert erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr kam es zu keinen Wertminderungen langfristiger Vermögenswerte gemäß IAS 36.

12. Sachanlagevermögen

Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger linearer Abschreibungen. Die Abschreibungsdauer beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Abweichend hiervon werden Mietereinbauten über die Dauer des Mietverhältnisses oder, falls diese kürzer ist, über die geschätzte Nutzungsdauer und das in Meerbusch erworbene Geschäftsgebäude über eine Nutzungsdauer von 33 Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen werden den jeweiligen Aufwandspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswertes kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswertes resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und bei Bedarf angepasst.

13. Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten bewertet und bei einer begrenzten Nutzungsdauer über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Zum Stichtag hält die Gesellschaft keine immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Aufwandskategorie erfasst, die der Funktion des immateriellen Vermögenswerts im Unternehmen entspricht.

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden auf eine mögliche Wertminderung überprüft, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Die Abschreibungsdauer und die Abschreibungsmethode werden bei immateriellen Vermögenswerten mit einer begrenzten Nutzungsdauer mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Die aufgrund von Änderung der erwarteten Nutzungsdauer oder des erwarteten Verbrauchs des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswerts erforderlichen Änderungen der Abschreibungsmethode und der Abschreibungsdauer werden als Änderungen von Schätzungen behandelt.

Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung immaterieller Vermögenswerte werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam erfasst.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und bei Bedarf angepasst.

14. Steuern

Tatsächliche Ertragsteuern

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten.

Tatsächliche Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst.

Latente Steuern

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der Verbindlichkeitsmethode auf zum Bilanzstichtag bestehende temporäre Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und nicht genutzten Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, die in der Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Schuld erfüllt wird, voraussichtlich Gültigkeit erlangen werden. Dabei werden die Steuersätze (und Steuergesetze) zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten. Zukünftige Steuersatzänderungen sind am Bilanzstichtag zu berücksichtigen, sofern materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens erfüllt sind.

Latente Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern ebenfalls im Eigenkapital erfasst.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Umsatzsteuer

Umsatzerlöse, Aufwendungen und Vermögenswerte werden in der Regel nach Abzug der Umsatzsteuer erfasst. Eine Ausnahme bilden folgende Fälle:

- Wenn die beim Kauf von Vermögenswerten oder Dienstleistungen angefallene Umsatzsteuer nicht von der Steuerbehörde eingefordert werden kann, wird die entrichtete Umsatzsteuer als Teil der Herstellungskosten des Vermögenswerts bzw. als Teil der Aufwendungen erfasst.
- Forderungen und Schulden werden mitsamt dem darin enthaltenen Umsatzsteuerbetrag angesetzt.

Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet oder an diese abgeführt wird, wird in der Konzern-Bilanz unter Forderungen bzw. Schulden erfasst.

15. Finanzielle Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige finanzielle Verbindlichkeiten sind bei ihrer erstmaligen Erfassung mit den Anschaffungskosten bewertet, die dem Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung entsprechen. In der Folgezeit werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen.

Der Umsatzabgrenzungsposten wird zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und beinhaltet im Wesentlichen im Voraus fakturierte Beträge für Wartungsleistungen und Fertigungsaufträge, die erst in späteren Perioden erbracht und damit umsatzwirksam werden.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die dieser Verbindlichkeit zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt, gekündigt oder erloschen ist. Wird eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine andere finanzielle Verbindlichkeit desselben Kreditgebers mit substantiell verschiedenen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert, wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

16. Rückstellungen

Eine Rückstellung wird dann angesetzt, wenn der Konzern eine gegenwärtige (gesetzliche oder faktische) Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses besitzt, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Sofern der Konzern für eine passivierte abgegrenzte Schuld zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet (wie z. B. bei einem Versicherungsvertrag), wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert erfasst, sofern der Zufluss der Erstattung so gut wie sicher ist. Der Aufwand aus der Bildung der Rückstellung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung abzüglich der Erstattung ausgewiesen.

Die Gesellschaft erwartet eine Restlaufzeit der kurzfristigen Rückstellungen von unter einem Jahr.

17. Wandelschuldverschreibungen

Wandelschuldverschreibungen sind ein zusammengesetztes Finanzinstrument, das eine Eigenkapitalkomponente (Wandlungsrecht) und eine Verbindlichkeitskomponente (Anleihe) enthält.

Dabei wird die Anleihe als Verbindlichkeitskomponente bei allen begebenen Wandelschuldverschreibungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach IAS 39 angesetzt. Das verdeckte Aufgeld, das sich aus der Unterverzinslichkeit als Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Anleihe ergibt, wird in die Kapitalrücklage eingestellt.

Bei der Eigenkapitalkomponente, dem Wandlungsrecht, wird nach dem Datum der Begebung unterschieden: bei Wandelschuldverschreibungen, die vor der Veröffentlichung des Entwurfs von IFRS 2 am 07.11.2002 begeben wurden, wird das Wandlungsrecht erfolgsneutral behandelt. Hingegen wird die Eigenkapitalkomponente von Wandelschuldverschreibungen, die nach dem 07.11.2002 begeben wurden, nach IFRS 2 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierbei wird der Wert des Wandlungsrechts über den erwarteten Zeitraum bis zur Wandlung der Anleihe in Aktien aufwandswirksam erfasst und in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die Bemessung des zu erfassenden Aufwands erfolgt hierbei nach dem Black-Scholes-Modell, das zur Bewertung des Zeitwerts von solchen Optionen entwickelt wurde, die keinen Bedingungen unterliegen und voll übertragbar sind. Nachdem dem Bewertungsmodell für Optionen subjektive Annahmen zugrunde liegen, können reale Abweichungen von diesen Annahmen den Wert der Optionen nachhaltig beeinflussen. Zudem unterliegen die Wandelschuldverschreibungen der Gesellschaft weiteren Restriktionen, die nur näherungsweise mit gehandelten Optionen vergleichbar sind, so dass das Bewertungsmodell nicht notwendigerweise einen verlässlichen Wert für die Optionen liefert.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts unter Anwendung des Black-Scholes-Modells legt die Gesellschaft folgende Parameter zugrunde:

Datum	Anzahl	durchschnittlich erwartete Laufzeit in Monaten	risikofreier Zinssatz	Standardabweichung	erwartete Fluktuation 31.12.2010	Minderung durch Unterverzinslichkeit	zurückgegebene Wandelschuldverschreibungen	Bewertung des zu verteilenden Aufwands nach Rückgabe
August 2003	62.000	30	3,80%	80,30%	0%	-17.295	26.000	228.630
Mai 2004	52.000	30	3,80%	108,26%	0%	-9.193	10.500	291.440
August 2004	36.000	30	3,70%	102,80%	0%	-298	0	205.901
November 2004	5.000	30	3,40%	97,33%	0%	0	2.000	16.282

Die bei der Berechnung des zu verteilenden Aufwandes verwendete Standardabweichung wird aus dem täglichen Schlusskurs des XETRA-Handelssystems der Deutschen Börse ermittelt und von dieser veröffentlicht.

Da alle Wandelschuldverschreibungen zum 31. Dezember 2007 bereits ausübbar waren, entstand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 kein weiterer Aufwand. Der zu verteilende Aufwand in Höhe von EUR 742.253 wurde in den Jahren 2002 bis 2007 vollständig erfasst.

18. Pensionsrückstellungen

Es besteht eine unverfallbare Pensionszusage gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der ATOSS Software AG, München, die als leistungsorientierter Plan klassifiziert wird. Mit Wirkung zum 01.08.2009 wurde die bisher gültige Pensionszusage vom 01.01.2004 durch eine neue Pensionszusage ersetzt und die Versorgungsleistung entsprechend aufgestockt. Gemäß dieses Planes setzen die Pensionszahlungen mit Vollendung des 65. Lebensjahres ein. Die Bezüge werden lebenslänglich gewährt. Die Gesellschaft hat zur Deckung der Pensionszusage Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen und die Ansprüche daraus abgetreten, so dass seit dem Geschäftsjahr 2005 das Planvermögen aus den Rückdeckungsversicherungen in Höhe des beizulegenden Zeitwertes gemäß IAS 19.54d mit dem Verpflichtungsumfang zu saldieren ist.

Der Pensionsverpflichtung liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde, das auf der Basis von IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ erstellt wurde. Der ausgewiesene Betrag für die aufgelaufene und prognostizierte Pensionsverpflichtung entspricht dem versicherungsmathematisch ermittelten Barwert, der seit 2005 um den beizulegenden Zeitwert des Planvermögens reduziert wird. Zugrunde gelegt wurden die Regeln von IAS 19.63ff. für Leistungszusagen.

In Übereinstimmung mit IAS 19.64f wird als Bewertungsverfahren die Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) angewandt. Hiernach werden die in den einzelnen Jahren erdienten Teile der Versorgung als Bausteine angesehen, die insgesamt die Pensionsverpflichtung ergeben. Der Pensionsaufwand ergibt sich aus dem Zinsaufwand auf bereits zum Barwert bilanzierte Rentenanwartschaften, dem laufenden Dienstzeitaufwand, dem nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand aufgrund von den Änderungen der Pensionszusage und den erwarteten Erträgen aus Planvermögen. Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation) ergibt sich als dynamischer Barwert der zeitanteilig erdienten Rententeile unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die künftigen Rentenanwartschaften bereits anteilig erdient sind.

Die Gesellschaft wendet zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste die sogenannte „Korridor-Methode“ an, nach der versicherungsmathematische Gewinne und Verluste ab dem nächsten Bilanzstichtag über die erwartete Restdienstzeit zu verteilen sind, wenn sie erstmals 10 Prozent des Versicherungsbarwertes oder 10 Prozent des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens überschreiten. Im Geschäftsjahr 2010 wurden versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von EUR 17.548 (Vorjahr: EUR 36.168) ergebniswirksam erfasst.

Die Pensionsrückstellung wurde unter Annahme eines Rechnungszinssatzes von 5,4 Prozent (Vorjahr: 5,7 Prozent), einem Gehaltstrend von 2,0 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent), einer Inflationsrate von 2,0 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent) und einem Rententrend von 3,0 Prozent (Vorjahr: 3,0 Prozent) ermittelt. Es wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Für die zukünftige Verzinsung des Planvermögens wurde von jährlich 4,0 Prozent (Vorjahr: 4,0 Prozent) ausgegangen.

Zudem bestehen beitragsorientierte Pläne für einen Vorstand sowie für Mitarbeiter mit einer Betriebszugehörigkeit von 15 und mehr Jahren. Für diese leistet die Gesellschaft Beiträge zur privaten Altersvorsorge im Rahmen einer Unterstützungskasse während der Dauer ihrer Beschäftigungsverhältnisse. Die Beiträge für diese Verträge lagen im Geschäftsjahr 2010 bei EUR 60.938 (Vorjahr: EUR 34.000).

19. Eigene Anteile

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten bewertet und als separater Abzugsposten im Eigenkapital ausgewiesen. Der Kauf, der Verkauf sowie die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen werden nicht erfolgswirksam erfasst.

20. Erfassung von Umsatzerlösen und Erträgen

Die Gesellschaft erzielt Umsatzerlöse aus der Lizenzvergabe von Softwareprodukten an Endkunden oder an Wiederverkäufer, aus Wartungsverträgen sowie aus Dienstleistungen und anderen Lieferungen und Leistungen.

Skonti, Rabatte sowie Umsatzsteuer oder andere Abgaben bleiben unberücksichtigt.

Erlöse aus Lizenzvergabe sowie aus Lieferungen und Leistungen gelten gemäß IAS 18.14 als realisiert, wenn

- (a) das wesentliche Risiko bzw. die wesentlichen Chancen, die mit den vertraglichen Nutzungsrechten an den Softwarelizenzen in Zusammenhang stehen, übertragen wurden;
- (b) beim Unternehmen kein weiteres Verfügungsrecht an dem Lizenzmaterial verbleibt;
- (c) die Höhe der Umsätze verlässlich bestimmt werden kann;
- (d) der Zufluss des wirtschaftlichen Nutzens (Forderungseingang) hinreichend wahrscheinlich ist und
- (e) die im Zusammenhang mit dem Verkauf angefallenen Kosten verlässlich bestimmt werden können.

Die Gesellschaft hat zudem Wiederverkäuferverträge unterzeichnet, nach denen den Wiederverkäufern Rabatte auf die Listenpreise für Lizenzgebühren eingeräumt werden. Die bei der Gesellschaft verbleibenden Lizenzgebühren gelten grundsätzlich als realisiert, wenn dem Endkunden des Wiederverkäufers die Nutzungsrechte an den Softwarelizenzen eingeräumt wurden und damit die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Endkunden oder Wiederverkäufer übertragen wurden.

Beratungsumsätze stehen in direktem Zusammenhang mit Dienstleistungen, die mit im Wesentlichen getrennten Verträgen durchgeführt werden. Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen sind gemäß IAS 18.20 zu realisieren, wenn

- (a) die Höhe der Umsätze verlässlich bemessen werden kann;
- (b) es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft dem Unternehmen zufließen wird (Forderungseingang);
- (c) der Fertigstellungsgrad am Bilanzstichtag verlässlich bestimmt werden kann und
- (d) die für die Erbringung der Leistung angefallenen Kosten verlässlich bestimmt werden können.

Wartungsumsätze werden über den Zeitraum der Erbringung von Wartungsleistungen abgegrenzt.

Die Softwarelizenzen und Wartungsleistungen werden in der Regel gemeinsam verkauft. Die Realisierung der Umsätze erfolgt nach IAS 18.13.

Fertigungsverträge liegen vor, sofern die vertraglichen Vereinbarungen nach Werkvertragsrecht ausgestaltet sind oder die Aufträge nicht durch ATOSS-Partner oder Eigenleistungen des Kunden erfüllt werden können. Beauftragt der Kunde einen Fertigungsauftrag, werden Umsatzerlöse und Erträge nach dem Konzept der Gewinnrealisierung nach dem Fertigstellungsgrad (Percentage of Completion Method) ermittelt, soweit die Voraussetzungen nach IAS 11.23 vorliegen. Dabei werden die einzelnen Umsatzkomponenten grundsätzlich zusammenhängend in dem Umfang realisiert, der dem Anteil des Projektfortschritts der zu leistenden Dienstleistungen an dem erwartungsgemäß zu leistenden Gesamtvolumen der Dienstleistungen entspricht. Der Projektfortschritt wird dabei anhand der Dokumentation der Projektleitung sowie der Gesamtwürdigung durch das Management ermittelt.

Zinserträge werden erfasst, wenn die Zinsen entstanden sind.

21. Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erfasst Kosten für Forschung und Entwicklung ihrer Softwareprodukte aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Kriterien des IAS 38.57, die eine Aktivierung von Entwicklungskosten vorsehen würden, werden nicht erfüllt, da die ursprüngliche Entwicklung der heutigen Produkte zum Teil im Rahmen von Kundenprojekten erfolgte sowie eine verlässliche Messung der jeweiligen zukünftig erzielbaren Erträge aus der Entwicklung von einzelnen Funktionen und Releases nicht möglich ist.

22. Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

23. Leasing

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt.

Die Gesellschaft überprüft regelmäßig ihre Vertragsbeziehungen mit Lieferanten dahingehend, ob sie entsprechend IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“ gemäß dieser Bestimmungen als ein Leasingverhältnis einzuordnen wäre. Zum 31.12.2010 bestehen wie bereits im Vorjahr keine Vertragsverhältnisse, welche den in IFRIC 4 genannten Kriterien entsprechen.

Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

III. Angaben zur Konzern-Bilanz

24. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Festgeldanlagen	16.356.855	14.334.106
Sonstige Zahlungsmittel	4.334.564	4.993.954
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente gesamt	20.691.419	19.328.060

Die Festgeldanlagen haben Restlaufzeiten von bis zu 9 Monaten und sind zu Zinssätzen zwischen 0,40 Prozent und 1,14 Prozent pro Jahr angelegt. Sonstige wesentliche Zahlungsmittel werden mit bis zu 0,70 Prozent verzinst.

Infolge des positiven operativen Cash Flows in Höhe von EUR 5.794.696 sowie dem Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 2.491.113, der Ausschüttung von EUR 1.980.784 und der Einzahlung aus dem Verkauf von eigenen Anteilen in Höhe von EUR 40.560, ist der Bestand an Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von EUR 19.328.060 auf EUR 20.691.419 angestiegen.

Festgeldanlagen und sonstige Zahlungsmittel sind bei namhaften Finanzinstituten mit solventem und solidem finanziellen Hintergrund angelegt.

Der beizulegende Zeitwert der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt EUR 20.691.419 (Vorjahr: EUR 19.328.060).

25. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die bilanzierten Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Brutto-Forderungen (beizulegender Zeitwert)	3.063.813	4.297.928
abzüglich Wertminderungen	0	-16.035
Netto-Forderungen (Buchwert)	3.063.813	4.281.893

Zum 31.12.2010 bestehen Forderungen in Höhe von EUR 53.884 (Vorjahr: EUR 480), deren Zahlungsziel nachträglich verlängert wurde. Diese Forderungen werden zum Nennwert bilanziert.

Im Geschäftsjahr wurden keine Erträge (Vorjahr: EUR 8.354) aus der Vereinnahmung von zuvor abgewerteten Forderungen erfolgswirksam realisiert. Wie im Vorjahr bestehen keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die zum 31.12.2010 überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen haben folgende Altersstruktur:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
weder überfällig noch wertberichtigt	1.974.765	3.277.193
bis 30 Tage überfällig	836.667	903.900
31 bis 60 Tage überfällig	47.587	88.967
61 bis 90 Tage überfällig	195.828	6.906
91 bis 120 Tage überfällig	-336	0,00
Über 120 Tage überfällig	9.302	20.962
Bruttoforderungen	3.063.813	4.297.928
Wertberichtigungen	0	-16.035
Nettoforderungen	3.063.813	4.281.893

Die Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Bilanzstichtag EUR 0 (Vorjahr: EUR 16.035) und basieren auf der Einschätzung der Einbringbarkeit durch das Management. Wertminderungen werden in Höhe des Bilanzansatzes der Forderung gebildet, sofern die Fälligkeit 120 Tage überschreitet und unter Würdigung der Kundensituation hinsichtlich des allgemeinen Zahlungsverhaltens und der Bonität geboten erscheint. Im Falle der Insolvenz eines Kunden wird der Wert der Forderung in voller Höhe als Forderungsverlust ausgewiesen.

Grundsätzlich sind Forderungen innerhalb von 10 Tagen zur Zahlung fällig. Bei Werk- und Festpreisprojekten werden in Ausnahmefällen abweichende Zahlungsziele gewährt.

Die Entwicklung des Wertberichtigungskontos stellt sich wie folgt dar:

	2010 EUR	2009 EUR
Stand 01.01.	16.035	10.597
Aufwandswirksame Zuführungen	0	13.792
Verbrauch	0	0
Auflösung	16.035	8.354
Stand 31.12.	0	16.035

Die Gesellschaft verlangt keine Sicherheiten von ihren Kunden. Die Darstellung des Risikomanagementsystems, das auch Risiken von Finanzinstrumenten berücksichtigt, findet sich unter Punkt 5 des Konzernlageberichts.

26. Vorräte

Der Buchwert der Vorräte betrifft im Wesentlichen Hardwarekomponenten des Tochterunternehmens ATOSS CSD Software GmbH, Cham, die in geringer Stückzahl vorgehalten werden. Im laufenden Geschäftsjahr kam es wie im Vorjahr zu keinen Abwertungen des Vorratsvermögens.

27. Sonstige finanzielle Vermögenswerte (kurzfristig)

Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte in Höhe von EUR 801.791 (Vorjahr: EUR 923.700) werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und enthalten im Wesentlichen Anlagen in Gold in Höhe von EUR 399.817 (Vorjahr: EUR 352.116), Periodenabgrenzungen in Höhe von EUR 294.295 (Vorjahr: EUR 289.508) und abgegrenzte Zinsen in Höhe von EUR 41.183 (Vorjahr: EUR 105.754).

28. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Nettobuchwerte	
	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2009	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
I. Sachanlagen											
Technische Anlagen	433.870	70.089	0	0	503.959	402.324	19.830	0	422.154	81.805	31.546
Büro- und Geschäftsausstattung	3.155.045	454.304	74.719	0	3.534.630	2.633.919	270.115	73.960	2.830.074	704.556	521.126
Fuhrpark	0	8.320	0	0	8.320	0	0	0	0	8.320	0
	3.588.915	532.713	74.719	0	4.046.909	3.036.243	289.945	73.960	3.252.228	794.681	552.672
II. Immaterielle Vermögenswerte											
Software	1.024.661	65.556	0	0	1.090.217	883.328	93.675	0	977.003	113.214	141.333
	1.024.661	65.556	0	0	1.090.217	883.328	93.675	0	977.003	113.214	141.333
Gesamtsumme	4.613.576	598.269	74.719	0	5.137.126	3.919.571	383.620	73.960	4.229.231	907.895	694.005

	01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2010	01.01.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
	I. Sachanlagen										
Grundstücke und Bauten	0	2.127.241	0	8.320	2.135.561	0	57.607	0	57.607	2.077.954	0
Technische Anlagen	503.959	2.519	4.802		501.676	422.154	20.588	4.801	437.941	63.735	81.805
Büro- und Geschäftsausstattung	3.534.630	250.790	686.940		3.098.480	2.830.074	284.351	686.429	2.427.996	670.484	704.556
Geleistete Anzahlungen	8.320	0		-8.320	0	0	0	0	0	0	8.320
	4.046.909	2.380.550	691.742	0	5.735.717	3.252.228	362.546	691.230	2.923.544	2.812.173	794.681
II. Immaterielle Vermögenswerte											
Software	1.090.217	110.563	0	0	1.200.780	977.003	87.622	0	1.064.625	136.155	113.214
	1.090.217	110.563	0	0	1.200.780	977.003	87.622	0	1.064.625	136.155	113.214
Gesamtsumme	5.137.126	2.491.113	691.742	0	6.936.497	4.229.231	450.168	691.230	3.988.169	2.948.328	907.895

29. Ertragsteuern

Die Steuerrückstellungen umfassen jeweils Ertragsteuern für das abgelaufene Geschäftsjahr bzw. Vorjahre. Zur Erläuterung von Steueraufwand und -ertrag wird auf Anhangsangabe 51 verwiesen.

Die bilanzierten latenten Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Aktive latente Steuern auf Bewertungsunterschiede		
- Pensionsrückstellungen	260.259	249.984
Zwischensumme	260.259	249.984
Passive latente Steuern auf Bewertungsunterschiede		
- sonstige Vermögensgegenstände (Gold)	-26.045	-14.120
- langfristige Fertigungsaufträge	-701.806	-739.388
Zwischensumme	-727.851	-753.508
Gesamt	-467.592	-503.524

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Steueraufwand aus der Entstehung passiver latenter Steuern		
- auf langfristige Fertigungsaufträge	-1.111.826	-739.388
- auf sonstige Vermögensgegenstände	-11.925	-14.120
Steueraufwand aus der Umkehrung aktiver latenter Steuern		
- auf steuerliche Verlustvorträge	0	0
- auf Pensionsrückstellungen	0	- 55.893
Steuerertrag aus der Entstehung aktiver latenter Steuern		
- auf Pensionsrückstellungen	10.275	0
Steuerertrag aus der Umkehrung passiver latenter Steuern		
- auf langfristige Fertigungsaufträge	1.149.408	225.612
Gesamt	35.932	-583.789

Der anzuwendende Steuersatz der ATOSS Software AG, München, setzt sich folgendermaßen zusammen:

	2011	2010	2009
Ergebnis vor Steuern	100%	100%	100%
Gewerbsteuer	-17,15%	-17,15%	-17,15%
Körperschaftsteuer 25,00% auf KöSt-pflichtiges Ergebnis	-15,00%	-15,00%	-15,00%
auf Körperschaftsteuer 5,50% Solidaritätszuschlag	-0,83%	-0,83%	-0,83%
Rechnerisch versteuerter Ergebnisanteil	67,02%	67,02%	67,02%
Rechnerischer Steuersatz	32,98%	32,98%	32,98%

Die Steuersätze für die Tochterunternehmen betragen in Österreich 25 Prozent, in der Schweiz 22 Prozent und in Rumänien 16 Prozent. Die Überleitung des erwarteten Steueraufwands des Konzerns zu dem tatsächlichen Steueraufwand gemäß IAS 12.81 ist im Folgenden dargestellt:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Vorsteuer-Ergebnis nach IFRS	6.958.170	5.854.329
Erwarteter Steueraufwand (2010: 32,98%; 2009: 32,98%)	-2.294.804	-1.930.758
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-18.522	-25.139
Aufwendungen aufgrund von Wandelschuldverschreibungen	0	661
Steuererträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen der Vorjahre	0	0
Steuernachzahlungen/Steuererstattungen Vorjahre	3.043	-5.731
Niedrigere Steuersätze von Konzerngesellschaften und Niederlassungen	151.202	70.936
Tatsächlicher Konzern-Steueraufwand	-2.159.081	-1.890.031

Für die kommenden Geschäftsjahre rechnet die Gesellschaft für das Mutterunternehmen mit einem Steuersatz in Höhe von 32,98 %. Aufgrund nicht abziehbarer Betriebsausgaben einerseits sowie niedrigerer Steuersätze der Konzerngesellschaften und Niederlassungen andererseits wird die tatsächliche Steuerbelastung etwas über oder unter diesem Wert liegen.

30. Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten sind im Verbindlichkeitspiegel im Einzelnen dargestellt:

	Stichtag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt
Wandelschuldverschreibungen	31.12.2010	7.000	0	0	7.000
	31.12.2009	4.000	12.000	0	16.000
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2010	788.217			788.217
	31.12.2009	685.546	0	0	685.546
Umsatzabgrenzungsposten	31.12.2010	1.709.514	0	0	1.709.514
	31.12.2009	3.204.066	0	0	3.204.066
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)	31.12.2010	4.153.537	0	0	4.153.537
	31.12.2009	4.276.870	0	0	4.276.870
Steuerrückstellungen	31.12.2010	974.633	0	0	974.633
	31.12.2009	100.129	0	0	100.129
Rückstellungen (sonstige)	31.12.2010	99.000	0	0	99.000
	31.12.2009	70.100	0	0	70.100
Gesamt	31.12.2010	7.731.901	0	0	7.731.901
	31.12.2009	8.340.711	12.000	0	8.352.711

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich.

31. Kreditlinien

Es bestehen nicht gesicherte Kreditlinien für Kontokorrentkredite in Höhe von Mio. EUR 0,51 (Vorjahr: Mio. EUR 0,56) bei den Hausbanken der einbezogenen Unternehmen. Kreditaufnahmen (Kontokorrentkredite) im Rahmen dieser Abkommen werden mit bis 4,74 % (Vorjahr: 5,65 %) verzinst. Es bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

32. Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)

Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen folgende Beträge:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten	3.492.426	3.349.713
Erwartete Abrechnungen	445.484	374.597
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	215.627	552.560
Gesamt	4.153.537	4.276.870

Der Ausweis der sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten wurde gegenüber dem Vorjahr verändert. Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus erwarteten Abrechnungen sowie Rückstellungen für Abfindungen und Tantiemen wurden im Vorjahr unter der Bilanzposition - Rückstellungen - ausgewiesen. Der Ausweis dieser Verbindlichkeiten erfolgte zum 31.12.2010 unter den sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten. Die Vorjahreswerte wurden an den geänderten Ausweis der sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten angepasst.

Die Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten beinhalten Ansprüche aus variablen Gehaltsbestandteilen, welche im Geschäftsjahr entstanden sind und erst im Folgejahr ausbezahlt werden. Die erwarteten Abrechnungen betreffen erhaltene Leistungen, deren Abrechnung zum Stichtag aussteht. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Umsatz-, Lohn- und Kirchensteuer, gegenüber Sozialversicherungen sowie Urlaubsrückstellungen und Verbindlichkeiten für Abschluss- und Prüfungskosten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

33. Umsatzabgrenzungsposten

Der Umsatzabgrenzungsposten setzt sich zum 31.12.2010 folgendermaßen zusammen:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
im Voraus fakturierte Beträge für Wartungsleistungen	470.160	376.245
im Voraus fakturierte Beträge für Fertigungsaufträge	700.172	2.127.341
Sonstige	539.182	700.480
Gesamt	1.709.514	3.204.066

Die sonstigen Umsatzabgrenzungen werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und enthalten im Voraus fakturierte Beträge für Hotlineleistungen sowie für noch nicht gelieferte Soft- und Hardware und Dienstleistungen.

34. Rückstellungen (sonstige)

Die Rückstellungen enthalten die nachfolgenden Beträge:

	31.12.2009 EUR	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2010 EUR
sonstige Rückstellungen	70.100	0	1.100	30.000	99.000
Gesamt	70.100	0	1.100	30.000	99.000

Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus erwarteten Abrechnungen sowie Rückstellungen für Abfindungen wurden im Vorjahr unter der Bilanzposition - Rückstellungen - ausgewiesen. Der Ausweis dieser Verbindlichkeiten erfolgte zum 31.12.2010 unter den sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Rückstellung für Gewährleistungen sowie die Rückstellung für Rückbauverpflichtungen.

35. Wandelschuldverschreibungen

Auf Basis des unter Punkt 39 beschriebenen, hierfür geschaffenen bedingten Kapitals hat die Gesellschaft Wandelschuldverschreibungen für folgende Programme ausgegeben:

Im Frühjahr 2000 wurde ein Mitarbeiter-Wandelschuldverschreibungsprogramm (Wandelschuldverschreibungs-Programm 2000/2010) durch Begebung von Wandelschuldverschreibungen begonnen. Dabei wurde den Mitarbeitern zum Börsengang und während des Jahres die Möglichkeit eingeräumt, Wandelschuldverschreibungen zum Nennwert von EUR 1,00 zu zeichnen. Es wurde ein Wandlungspreis zum Zeitpunkt der Gewährung festgelegt. Für gewährte Wandelschuldverschreibungen wurde der Durchschnitt der letzten fünf Handelstage vor Gewährung als Wandlungspreis festgelegt. Nach Ablauf von zwei, drei und vier Jahren hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, unter Zuzahlung bis zum Wandlungspreis jeweils ein Drittel seiner Teilwandelschuldverschreibungen in Aktien der Gesellschaft zu wandeln. Hierzu dient das bedingte Kapital 2000/I in Höhe von EUR 280.000.

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Gesellschaft auf der Hauptversammlung am 22.05.2002 zwei Wandelschuldverschreibungsprogramme für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010) sowie Vorstand und Mitarbeiter der Gesellschaft (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011) beschlossen. Hierfür wurde das bedingte Kapital 2002/II in Höhe von EUR 50.000 bzw. das bedingte Kapital 2002/I in Höhe von EUR 360.000 teilweise in Anspruch genommen.

Im Rahmen des Wandelschuldverschreibungsprogramms für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010) wurde den Aufsichtsräten jeweils das Recht eingeräumt, 12.000 Wandelschuldverschreibungen zum Nennwert von je EUR 1,00 zu zeichnen. Es wurde ein Wandlungspreis zum Zeitpunkt der Angebotslegung festgelegt. Die Angebotslegung erfolgte innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung der Halbjahresgeschäftszahlen für das Geschäftsjahr 2002, der Wandlungspreis entspricht dem Durchschnitt der letzten fünf Handelstage vor Angebotslegung. Nach Ablauf von zwei und drei Jahren hat das Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit, unter Zuzahlung bis zum Wandlungspreis jeweils die Hälfte seiner Teilwandel-schuldverschreibungen in Aktien der Gesellschaft zu wandeln. Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen beträgt sieben Jahre nach Angebotslegung.

Dem Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011 für Vorstand und Mitarbeiter der Gesellschaft liegen dieselben Bedingungen wie dem Programm für Aufsichtsräte zugrunde.

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Gesellschaft auf der Hauptversammlung am 22.04.2004 ein weiteres Wandelschuldverschreibungsprogramm für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2004/2012) beschlossen. Hierbei kommen die gleichen Konditionen wie im Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010 zum Tragen. Das Wandelschuldverschreibungsprogramm für Vorstände und Mitarbeiter der Gesellschaft (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011) wurde um drei Jahre verlängert und trägt jetzt die Bezeichnung „Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2014“. Als Grundlage wurde von der Hauptversammlung das bedingte Kapital 2004/I in Höhe von EUR 50.000 beschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der umlaufenden Wandelschuldverschreibungen in den Geschäftsjahren 2010 und 2009:

Wandelschuldverschreibungen	Stück	gewichteter, durchschnittlicher Ausübungspreis
Ausstehend per 01.01.2009	24.000	5,68
Ausgeübt in 2009	8.000	6,18
Ausstehend per 31.12.2009/01.01.2010	16.000	5,10
Ausgeübt in 2010	9.000	4,51
Ausstehend per 31.12.2010	7.000	5,86

Die folgende Tabelle fasst die Informationen über ausstehende Wandelschuldverschreibungen zum 31.12.2010 zusammen:

Ausübungspreis EUR	ausstehende Optionen	vertragliche Gültig- keit in Jahren	mögliche Ausübungsrechte zum 31.12.2010
Mitarbeiter			
6,18	6.000	0,5	2.000
3,97	1.000	0,9	5.000
Summe Mitarbeiter	7.000		7.000
Gesamt	7.000		7.000

Die aus der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen bestehenden Verpflichtungen werden in der Bilanz unter der Position Wandelschuldverschreibungen ausgewiesen. Diese Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten von 0,5 bis 0,9 Jahren, innerhalb denen sie gewandelt werden können.

Der nach IFRS 2 erfasste Aufwand aus der Bewertung des Wandlungsrechts der Wandelschuldverschreibungen liegt im Geschäftsjahr 2010 bei EUR 0 (Vorjahr: EUR 0).

36. Wandelschuldverschreibungen der Organmitglieder

Zum 31.12.2010 halten Organmitglieder wie bereits zum 31.12.2009 keine Wandlungsrechte auf Aktien der ATOSS Software AG.

37. Pensionsrückstellungen

Der Pensionsaufwand ergibt sich wie folgt:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
Laufender Dienstzeitaufwand	105.281	75.276
Zinsaufwand	131.282	94.305
Abzüglich erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-37.861	-31.324
Erfasste versicherungsmathematische Gewinne	-17.548	-36.168
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,00	755.408
Aufwendungen für Versorgungsleistungen	181.154	857.497

Der laufende Dienstzeitaufwand sowie der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Vertriebskosten ausgewiesen, während der Zinsaufwand, die Erträge aus dem Planvermögen und die erfassten versicherungsmathematischen Gewinne im Zinsergebnis gezeigt werden.

Die tatsächliche Rendite des Planvermögens betrug in 2010 EUR 13.137 (Vorjahr: EUR 7.257). Die erwartete Rendite des Planvermögens beträgt 4 Prozent. Unter Beachtung, dass das Planvermögen in Rückdeckungsversicherungen namhafter Versicherungsgesellschaften investiert ist, hält die Gesellschaft diesen Wert auf langfristige Sicht für angemessen.

Für das Jahr 2011 erwartet die Gesellschaft Pensionsaufwendungen in Höhe von EUR 207.722.

Der Verpflichtungsumfang lässt sich folgendermaßen auf den Bilanzansatz überleiten:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung	2.679.934	2.303.187	1.275.692	1.442.834
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-1.202.953	-871.110	-711.781	-567.755
	1.477.279	1.432.077	563.911	875.079
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	267.742	450.198	612.939	337.472
Pensionsrückstellung	1.744.723	1.882.275	1.176.850	1.212.551

Die Gesellschaft hat die Ansprüche aus den zur Deckung der Pensionszusage abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in 2005 abgetreten.

Zum 28.09.2010 wurde infolge der Pensionsanpassung des Vorstandsvorsitzenden im vergangenen Jahr rückwirkend zum 01.12.2009 eine weitere Rückdeckungsversicherung zur Absicherung der im vergangenen Jahr erweiterten Pensionszusage abgeschlossen. Die Verpfändung der Rückdeckungsversicherung erfolgte per 22.10.2010 und wurde ab diesem Zeitpunkt als Plan Asset ausgewiesen.

Die Änderungen des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	2010 EUR	2009 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 01.01.	2.303.187	1.275.692
Zinsaufwand	131.282	94.305
Laufender Dienstzeitaufwand	105.281	75.276
Versicherungsmathematische Gewinne	140.184	102.506
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	755.408
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 31.12.	2.679.934	2.303.187

Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens stellen sich wie folgt dar:

	2010 EUR	2009 EUR
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 01.01.	871.110	711.781
Erwartete Rendite	37.861	31.324
Arbeitgeberbeiträge	318.706	152.072
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-24.724	-24.067
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 31.12.	1.202.953	871.110

Die Beträge der laufenden und der vorangegangenen Berichtsperioden stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung	2.679.934	2.303.187	1.275.692	1.442.834	1.637.300
Planvermögen	-1.202.953	-871.110	-711.781	-567.755	-427.656
Unterdeckung	1.476.981	1.432.077	563.911	875.079	1.209.644

38. Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist aus der Darstellung der Veränderung des Konzern-Eigenkapitals ersichtlich. Die in 2010 ausgeschüttete Dividende betrug EUR 0,50 (Vorjahr: EUR 0,44) je Aktie. Die erfolgsneutrale Veränderung der Kapitalrücklage und der eigenen Anteile ist auf den Kauf und Verkauf von eigenen Anteilen zurückzuführen.

39. Gezeichnetes Kapital

Ausgegebene Stückaktien im Umlauf

Das Kapital der Gesellschaft ist in 4.025.667 Stückaktien zum rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 eingeteilt. Alle Aktien sind vollständig stimm- und dividendenberechtigt. Im Jahresmittel waren 4.025.667 Aktien abzüglich der 61.244 durchschnittlich gehaltenen eigenen Aktien, also 3.964.423 Aktien in Umlauf (Vorjahr: 3.956.782 Aktien).

Aktien der ATOSS Software AG im Besitz der Organmitglieder

Zum jeweiligen Bilanzstichtag halten die Organmitglieder folgende Aktienbestände der ATOSS Software AG:

	31.12.2010	31.12.2009
Andreas F.J. Obereder	1.981.184	1.981.184
Peter Kirm	19.760	19.760
Gesamt	2.000.944	2.000.944

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30.04.2009, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 06.05.2009, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29.04.2014 einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 402.566 durch Ausgabe von bis zu 402.566 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen.

Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 16.02.2000, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 10.03.2000, ist das Grundkapital um EUR 280.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2000/I). Dieses bedingte Kapital betrifft das Wandelschuldverschreibungsprogramm 2000/2010.

Weiterhin ist das Grundkapital der Gesellschaft durch Beschlüsse der Hauptversammlung vom 22.05.2002, vom 30.04.2003 sowie vom 22.04.2004 zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft, der Geschäftsführung verbundener Unternehmen und sonstiger Leistungsträger (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011 bzw. 2014) um EUR 360.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2002/I) sowie zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010) um EUR 50.000 (Bedingtes Kapital 2002/II) bedingt erhöht.

Schließlich wurde das Grundkapital der Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22.04.2004, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 11.06.2004, zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2004/2012) um EUR 50.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2004/I).

40. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2006 auf EUR 362.241. Im Geschäftsjahr 2007 wurden EUR 518.611 aufgrund von Verkäufen eigener Anteile aus der Kapitalrücklage entnommen. Aufgrund der in Vorjahren ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen wurden der Kapitalrücklage EUR 21.859 im Geschäftsjahr 2007 zugeführt. Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2007 auf EUR -134.511.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden EUR 113.942 aufgrund von Verkäufen eigener Anteile aus der Kapitalrücklage entnommen. Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2008 auf EUR -248.453.

Aufgrund weiterer Verkäufe von eigenen Anteilen im Geschäftsjahr 2009 wurden aus der Kapitalrücklage EUR 52.560 entnommen. Die Kapitalrücklage zum 31.12.2009 betrug EUR -301.013.

Infolge der im Geschäftsjahr 2010 durchgeführten Verkäufe von eigenen Anteilen wurden aus der Kapitalrücklage EUR 74.190 entnommen. Zum 31.12.2010 beträgt die Kapitalrücklage EUR -375.203.

41. Eigene Anteile

Die Gesellschaft hat im Dezember 2000 27.285 Aktien eines ehemaligen Vorstandsmitglieds zum Preis von EUR 10,00 je Aktie zurückgekauft. Dieser Preis lag geringfügig unter dem damals aktuellen Kurswert von EUR 11,00.

Nach Genehmigung durch die Hauptversammlung am 20.05.2001 wurden im Geschäftsjahr 2001 21.715 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 4,50 und EUR 10,00 zurückgekauft.

Im Geschäftsjahr 2002 wurde der Rückkauf eigener Anteile fortgesetzt und 184.760 Aktien zum Gesamtpreis von EUR 1.470.244 erworben.

In 2003 wurden weitere 18.000 Aktien zum Kurs von EUR 15,34 gekauft. Für ausgeübte Wandelschuldverschreibungen wurden im Geschäftsjahr 2003 23.107 eigene Anteile verwendet.

Im Geschäftsjahr 2004 wurden 75.718 eigene Anteile verwendet sowie 78.167 eigene Anteile zu Kursen zwischen EUR 8,47 und EUR 14,84 zurückgekauft.

In 2005 wurden weitere 81.044 eigene Aktien sowie in 2006 74.004 eigene Aktien für die Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms verwendet.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 44.173 eigene Aktien verwendet.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 14.500 eigene Aktien verwendet sowie 51.513 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 5,40 und EUR 8,00 je Aktie zurückgekauft.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 8.000 eigene Aktien verwendet. Auf Grundlage der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29. April 2008 wurden im Geschäftsjahr 2009 weitere 4.205 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 7,00 und EUR 7,25 je Aktie zurückgekauft. Zum 31.12.2009 hält die Gesellschaft 65.099 eigene Aktien (Vorjahr: 68.894) zum Durchschnittspreis von EUR 7,54 (Vorjahr: EUR 8,17).

Der Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2009 bezüglich dem Rückkauf eigener Aktien wurde in der Hauptversammlung am 30. April 2010 aufgehoben.

Zugleich wurde der Vorstand in der am 30. April 2010 durchgeführten Hauptversammlung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis einschließlich zum 29. Oktober 2011, außer zum Zwecke des Handels mit eigenen Aktien und unter Beachtung der Beschränkungen gemäß § 71 Abs. 2 AktG, Aktien der Gesellschaft in einem Umfang von bis zu zehn von Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 30. April 2010 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss nicht nur über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot an alle Aktionäre, sondern unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch

- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Sacheinlage an Dritte auszugeben, sofern der Erwerb der Sacheinlage im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für eine eigene Aktie von Dritten zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlage an Dritte auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien der Gesellschaft bisher nicht zum Handel zugelassen sind;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Barkaufpreis zu veräußern, der den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet;
- in Erfüllung der Aktienbezugsrechte aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm der Gesellschaft an Bezugsberechtigte zu übertragen; soweit die eigenen Aktien in Erfüllung von Aktienbezugsrechten aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm dem Vorstand übertragen werden sollen, liegt die Zuständigkeit beim Aufsichtsrat.

Der Vorstand wurde ferner in der Hauptversammlung vom 30. April 2010 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.

Die Ermächtigungen hinsichtlich der Verwendung von eigenen Aktien erfassen auch die Verwendung von eigenen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund früherer Ermächtigungsbeschlüsse nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 9.000 eigene Aktien verwendet. Eigene Anteile wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht zurückgekauft. Zum 31.12.2010 hält die Gesellschaft 56.099 eigene Aktien (Vorjahr: 65.099) zum Durchschnittspreis von EUR 6,71 (Vorjahr: EUR 7,54). Zum Stichtag befinden sich 3.969.568 Aktien im Umlauf (Vorjahr: 3.960.568).

IV. Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

42. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2010 EUR	2009 EUR
Software-Lizenzen	6.541.206	6.139.942
Software-Pflege	11.305.759	10.631.548
Software gesamt	17.846.965	16.771.490
Beratung	7.913.773	8.517.730
Hardware	2.452.064	2.300.678
Sonstige	1.101.670	1.497.096
Umsatzerlöse, gesamt	29.314.472	29.086.994

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2010 EUR 4.393.953 (Vorjahr: EUR 3.699.484) aus Fertigungsaufträgen als Umsatzerlöse realisiert. Zum 31.12.2010 existieren Gewinne in Höhe von EUR 6.576 aus Projekten, welche nach der Teilgewinnrealisierungs-Methode realisiert und noch nicht berechnet wurden. Diese betragen im Vorjahr EUR 0.

Die Gesellschaft hat Kunden aus allen Industriezweigen sowie aus dem öffentlichen Dienst. In den Geschäftsjahren 2010 und 2009 hatte kein Kunde einen Umsatzanteil von 10 Prozent oder mehr am Gesamtumsatz.

Die Umsatzerlöse verteilen sich geografisch wie folgt:

	2010 EUR	2009 EUR
Deutschland	26.548.045	26.659.682
Österreich	1.984.987	1.510.147
Schweiz	490.838	471.873
Deutschsprachiger Raum, gesamt	29.023.870	28.641.702
Übrige Länder	290.602	445.292
Gesamt	29.314.472	29.086.994

43. Umsatzkosten

Unter den Umsatzkosten werden neben dem Materialaufwand für bezogene Waren (Hardware und sonstige Handelswaren) auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie die Personal- und Gemeinkosten für Consulting Services und Support erfasst, die für die Erbringung von Dienstleistungen entstehen.

	2010 EUR	2009 EUR
Materialaufwand (bezogene Waren)	2.608.304	2.827.988
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	127.007	197.207
Personalkosten	4.746.711	4.839.998
Planmäßige Abschreibungen	136.337	91.873
Gemeinkosten	1.734.512	1.734.141
Gesamt	9.352.871	9.691.207

44. Vertriebskosten

Die Vertriebskosten enthalten neben den Personal- und Gemeinkosten für Vertriebsaktivitäten auch Werbeaufwendungen, die sofort aufwandswirksam erfasst werden.

	2010 EUR	2009 EUR
Personalkosten Vertrieb	3.262.945	3.919.802
Planmäßige Abschreibungen	71.973	78.719
Gemeinkosten Vertrieb	692.596	1.149.347
Werbeaufwendungen	726.012	642.321
Gesamt	4.753.526	5.790.189

45. Verwaltungskosten

Die Aufwendungen für allgemeine und Verwaltungskosten setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2010 EUR	2009 EUR
Personalkosten	1.813.367	1.664.714
Planmäßige Abschreibungen	36.003	49.380
Gemeinkosten	694.913	769.865
Gesamt	2.544.283	2.483.959

46. Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2010 EUR	2009 EUR
Personalkosten Forschung und Entwicklung	4.797.283	4.532.013
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	201.925	163.617
Gemeinkosten Forschung und Entwicklung	963.408	939.776
Gesamt	5.962.616	5.635.406

47. Personalaufwand

	2010 EUR	2009 EUR
Löhne und Gehälter	11.908.490	12.069.756
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 172.479 (Vorjahr: EUR 923.502)	2.711.818	2.886.771
Aufwendungen für Wandelschuldverschreibungen	0	0
Gesamt	14.620.308	14.956.527

Die Rückstellungen für Personalaufwendungen wurden für das Geschäftsjahr 2009 nicht voll ausgeschöpft. Die Auflösung von Personalarückstellungen erfolgt im laufenden Geschäftsjahr gegen den Personalaufwand und führt zu einer Reduzierung der Personalkosten.

48. Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge in Höhe von EUR 208.365 (Vorjahr: EUR 369.663) betreffen im Wesentlichen Zinserträge aus Festgeldern mit kurzen Restlaufzeiten.

Die Gesellschaft weist in 2010 Finanzaufwendungen in Höhe von EUR 89.787 (Vorjahr: EUR 34.833) aus. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Finanzaufwendungen im Rahmen der Pensionsrückstellung in Höhe von EUR 89.010 (Vorjahr: 26.813).

49. Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von EUR 11.156 (Vorjahr: EUR 0), Erträge aus Kursdifferenzen von EUR 76.867 (Vorjahr: EUR 11.888) sowie Mieteinnahmen in Höhe von EUR 30.145 (Vorjahr: EUR 33.408). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 15.562 (Vorjahr: 27.871).

50. Währungsumrechnung

Durch die Währungsumrechnung entstanden im Geschäftsjahr 2010 Erträge aus Kursdifferenzen von 76.867 (Vorjahr: EUR 11.888) und Aufwendungen aus Kursdifferenzen von EUR 15.562 (Vorjahr: EUR 27.871), die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen enthalten sind.

51. Steueraufwand/Steuerertrag

	2010 EUR	2009 EUR
Laufender Steueraufwand	2.195.623	1.306.242
Latente Steuern	-35.932	583.789
Steuerertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Vorjahre	-610	0,00
Steueraufwand	2.159.081	1.890.031

52. Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ergibt sich in Übereinstimmung mit IAS 33 aus der Division des Jahresergebnisses durch die gewichtete, durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien. Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wurde die durchschnittliche Anzahl von Aktien durch Hinzurechnung der Ausgabe potentieller Aktien aus Wandelschuldverschreibungen erhöht und der, der Berechnung zugrunde zu liegende Jahresüberschuss um den Netto-Zinsaufwand für die Wandelschuldverschreibungen erhöht.

	2010 EUR	2009 EUR
Jahresüberschuss	4.799.089	3.964.298
Gewichtete, durchschnittliche Anzahl ausstehender Aktien	3.964.423	3.956.782
Ergebnis je Aktie	1,21	1,00
Ergebniseffekt aus Zinsaufwand für Wandelschuldverschreibungen	243	407
Jahresüberschuss um Verwässerungseffekte bereinigt	4.799.332	3.964.705
Verwässerungseffekt durch Wandelschuldverschreibungen	12.145	20.391
Gewichtete, durchschnittliche Anzahl ausstehender Aktien unter der Annahme der Verwässerung	3.976.568	3.977.173
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,21	1,00

V. Segmentberichterstattung

Die Gesellschaft verfügt über nur ein einheitliches Geschäftssegment im Sinne von IFRS 8, das die Erstellung, den Vertrieb und die Implementierung von Softwarelösungen in Hinblick auf den effizienten Personaleinsatz umfasst. Entsprechend der Strategie der Gesellschaft als Anbieter durchgängiger Lösungen im Thema Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung werden die Softwarelösungen bestehend aus Softwarelizenzen, Wartungsleistungen, Beratungsleistungen und die Lieferung von Hardware zur Zeiterfassung und Zutrittskontrolle (Handelsware) integriert für Kunden angeboten und sind in ihrer Risikostruktur vergleichbar. Die Softwarelösungen werden bei kleineren und mittleren Unternehmen im KMU-Markt sowie bei Kunden des gehobenen Mittelstands und Großkunden (Premium-Markt) eingesetzt. Die Wahl der Softwarelösung hängt wesentlich von den spezifischen technischen und fachlichen Anforderungen des jeweiligen Kunden ab. Lediglich im Hinblick auf den Vertriebsansatz wird zwischen der Adressierung des KMU- und des Premium-Marktes unterschieden.

In den nachfolgenden Tabellen stellt die Gesellschaft die nach Softwarelösungen gegliederten Umsatzerlöse sowie die diesbezüglichen operativen Ergebnisbeiträge dar.

Bei den Softwarelösungen handelt es sich im Einzelnen um:

- ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE): ASES und ASE sind Softwarelösungen zum Arbeitszeitmanagement sowie zur Personaleinsatzplanung für Kunden aller Branchen und Größenordnungen. Mit diesen Softwarelösungen werden in der Regel Dienstleistungen zur Implementierung der Softwarelösungen beim Kunden und Schulung von Mitarbeitern der Kunden erbracht. Des Weiteren werden Consultingleistungen mit dem Ziel erbracht, innerhalb der betrieblichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung von Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen optimale Lösungen zum effizienten Personaleinsatz zu entwickeln und vorhandene Spielräume sinnvoll zu nutzen. Ebenso werden Hardwarekomponenten zur Zeiterfassung sowie Erfassungsmedien als Handelsware vertrieben.

Die Softwarelösung ASES/ASE wird auf allen wesentlichen marktgängigen Systemplattformen und Datenbanken eingesetzt und erfüllt über ihre weit reichende Parametrierfähigkeit selbst höchste Anforderungen von Kunden gleich welcher Größenordnung und unterschiedlicher Branchen.

- ATOSS Time Control (ATC): ATC bietet eine Softwarelösung zum Arbeitszeitmanagement und zur Personaleinsatzplanung für kleinere und mittlere Kundengruppen sowie große, dezentral organisierte Kunden. Auch für ATC bietet ATOSS entsprechende Dienstleistungen zur Implementierung und Schulung der Softwarelösungen sowie Consultingleistungen zum effizienten Personaleinsatz an. Ebenso werden Hardware und Erfassungsmedien als Handelsware angeboten. Die Softwarelösung ATC wird auf der Systemplattform Microsoft Windows unter Verwendung marktgängiger SQL-Datenbanken eingesetzt und zeichnet sich durch besonders hohe Anwenderfreundlichkeit und Komfort bei kleineren und mittleren Kunden sowie großen dezentralen Organisationen aus.

Die Umsatzerlöse teilen sich auf die Produktgruppen folgendermaßen auf:

	2010 EUR	2009 EUR
ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE)	26.985.841	27.042.533
ATOSS Time Control	2.328.631	2.044.461
Gesamt	29.314.472	29.086.994

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) teilt sich auf die Produktgruppen folgendermaßen auf:

	2010 EUR	2009 EUR
ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE)	6.445.384	5.256.051
ATOSS Time Control	394.208	263.448
Betriebsergebnis	6.839.592	5.519.499

Die geografische Aufteilung der Konzernumsätze ist unter Punkt 42 aufgeführt. Die langfristigen Vermögenswerte werden im Wesentlichen in Deutschland gehalten. In den Geschäftsjahren 2010 und 2009 hatte kein Kunde einen Umsatzanteil von 10 Prozent oder mehr am Gesamtumsatz.

VI. Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung

53. Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit

Der Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 bei EUR 5.794.696 (Vorjahr: EUR 7.611.729) und damit um EUR 1.817.033 unter dem Vorjahreswert.

Positiv wirkten sich auf den Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit das gegenüber dem Vorjahr gestiegene Ergebnis, der Abbau von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Anstieg der Steuerrückstellung aus. Negative Einflüsse ergaben sich im Wesentlichen aus dem Rückgang des Umsatzabgrenzungspostens. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit beträgt im Geschäftsjahr 2010 32 Tage (Vorjahr: 45 Tage) und ist als sehr niedrig anzusehen.

Da die Gesellschaft ihre Investitionen nicht über Fremdkapital finanziert, sind die Zinserträge und Zinsaufwendungen vollständig dem Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit zuzuordnen.

Die betrieblichen Steuern entfallen ebenfalls vollständig auf den Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit.

54. Cash Flow aus Investitionstätigkeit

Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 bei EUR -2.491.113 (Vorjahr: EUR -555.975) und damit um EUR -1.935.138 unter dem Vorjahreswert. Er resultiert vollständig aus Auszahlungen für Investitionen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Erwerb eines Geschäftsgebäudes zurückzuführen.

55. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010 bei EUR -1.940.224 (Vorjahr: EUR -1.728.106) und damit um EUR -212.118 unter dem Vorjahreswert. Er besteht in 2010 aus der Auszahlung der Dividende in Höhe von EUR 0,50 je Aktie (Vorjahr: EUR 0,44) sowie Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile in Höhe von EUR 40.560 (Vorjahr: EUR 41.440).

VII. Sonstige Angaben

56. Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Peter Kirn	Vorsitzender, Unternehmensberater, Böblingen
Fritz Fleischmann	Stellvertretender Vorsitzender, Unternehmensberater, Grünwald (bis 31.12.2010)
Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V., München

Die Aufsichtsratsmitglieder nehmen zum 31.12.2010 weitere Aufsichtsratsmandate bei folgenden Unternehmen wahr:

Peter Kirn	Böblinger Baugesellschaft mbh, Böblingen Fernwärme Transportgesellschaft mbH, Böblingen
Fritz Fleischmann	itelligence AG, Bielefeld

Herr Baron Vielhauer von Hohenhau ist Verwaltungsrat der Stadtparkasse Augsburg.

Die Aufsichtsratsvergütung setzte sich wie folgt zusammen:

Peter Kirn	2010 EUR	2009 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	20.000	20.000
Sitzungsgelder	6.000	7.500
Gesamt	26.000	27.500

Fritz Fleischmann	2010 EUR	2009 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	20.000	20.000
Sitzungsgelder	6.000	7.500
Gesamt	26.000	27.500

Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	2010 EUR	2009 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	10.000	10.000
Sitzungsgelder	3.000	3.750
Gesamt	13.000	13.750

Für Beratungstätigkeiten, die über die Aufsichtsratsstätigkeit hinausgehen, fielen im Geschäftsjahr 2010 zu Gunsten von Herrn Fritz Fleischmann Aufwendungen in Höhe von EUR 4.363 (Vorjahr: EUR 0) an. Für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder fielen wie im Vorjahr keine Aufwendungen für Beratungstätigkeiten, die über die Aufsichtsratsstätigkeit hinausgehen, an.

57. Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Andreas F.J. Obereder Vorstandsvorsitzender, Unternehmer, Grünwald
Christof Leiber Vorstand, Jurist, München

Die Bezüge des Vorstands setzen sich im Geschäftsjahr folgendermaßen zusammen:

Andreas F.J. Obereder	2010 EUR	2009 EUR
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Gehalt	290.000	290.000
Sonstiges	95.716	95.157
Erfolgsbezogene Vergütung		
Tantieme	95.604	100.268
Gesamtbezüge	481.320	485.425

Christof Leiber	2010 EUR	2009 EUR
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Gehalt	150.000	150.000
Sonstiges	63.322	45.312
Erfolgsbezogene Vergütung		
Tantieme	129.749	114.592
Gesamtbezüge	343.071	309.904

Die dargestellten Tantiemen beziehen sich auf Ansprüche aus der Zielerreichung im jeweiligen Geschäftsjahr. Aufgrund der Feststellung der Ansprüche nach Abschluss des Geschäftsjahres können die Zahlungsströme davon abweichen. Die sonstigen Bezüge beinhalten durch die Gesellschaft gezahlte Versicherungsprämien und geldwerte Vorteile sonstiger Nebenleistungen wie die Überlassung von Dienstwagen.

Hinsichtlich der in 2010 angefallenen Aufwendungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für den Vorstandsvorsitzenden verweisen wir auf die Textziffer 18 und 37.

Zum 31.12.2010 bestehen abgegrenzte Schulden gegenüber Vorstandsmitgliedern in Höhe von EUR 142.853 (Vorjahr: EUR 140.790) für noch nicht ausbezahlte variable Vergütung.

58. Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen

Die Immobilie am Standort Meerbusch wurde durch die Gesellschaft am 18.12.2009 zum Preis von EUR 2.050.000 zzgl. Anschaffungsnebenkosten erworben. Die Bewertung der Immobilie erfolgte mittels der Einholung eines Wertgutachtens. Der Immobilienerwerb sowie der hieraus resultierende positive Ergebniseffekt wurden im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 01.12.2009 diskutiert. Der Aufsichtsrat stimmte dem Erwerb durch eine Beschlussfassung zu. Besitz, Nutzen und Lasten sind auf die Gesellschaft am 01.01.2010 übergegangen. Das Mietverhältnis endete zum Zeitpunkt des Übergangs von Besitz, Nutzen und Lasten. Die Bezahlung der Immobilie erfolgte im Januar 2010.

Ferner erbringt die Ehefrau des Vorstandsvorsitzenden Dienstleistungen an die Gesellschaft. In 2010 betrug der Wert der erbrachten Dienstleistungen EUR 7.020 (Vorjahr: EUR 9.360). Es handelt sich hierbei um marktübliche Konditionen.

Weitere Geschäfte mit Mitgliedern des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder deren Angehörigen, die über die unter Punkt 56 (Aufsichtsrat) sowie unter Punkt 37 (Pensionsrückstellungen) genannten Vorgänge hinausgehen, fanden im Berichtsjahr 2010 wie auch im Vorjahr nicht statt.

59. Arbeitnehmer

Zum 31.12.2010 bestanden 247 Beschäftigungsverhältnisse (Vorjahr: 234), im Durchschnitt waren es 243 (Vorjahr: 227); ohne Berücksichtigung von Vorstand, Auszubildenden und Praktikanten waren durchschnittlich 225 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 207).

Die Mitarbeiterzahlen entwickelten sich im Quartalsdurchschnitt wie folgt:

	2010	2009
Vertrieb und Marketing	34	34
Beratung	70	66
Entwicklung	102	91
Verwaltung	37	36
Gesamt	243	227
davon Auszubildende	5	6
davon Aushilfen und Praktikanten	11	12
davon Vorstände	2	2

60. Honorare für Abschlussprüfer

Für die Abschlussprüfung sowie für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen wurden folgende Honorare an die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart, Zweigniederlassung München, oder mit ihr verbundene Unternehmen als Aufwand erfasst:

	2010 EUR	2009 EUR
Abschlussprüfung	62.000	62.000
davon Einzelabschluss EUR 31.000 (Vorjahr: EUR 31.000)		
davon Konzernabschluss EUR 31.000 (Vorjahr: EUR 31.000)		
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0	0
Gesamthonorar	62.000	62.000

Weitere Vergütungen wurden an den Abschlussprüfer nicht geleistet. Der Gesellschaft ist im Januar 2010 eine Unabhängigkeitserklärung der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart, Zweigniederlassung München, zugegangen.

61. Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen betreffen Miet- und Leasingverträge.

Die Gesellschaft least ihren Fuhrpark, Kopierer sowie Server von unterschiedlichen Leasinggesellschaften. Dabei werden die Leasing-Verhältnisse als Operating-Leasing klassifiziert, da im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, beim Leasinggeber verbleiben. In Einzelfällen werden auslaufende Leasingverträge verlängert. Eine Kaufoption am Ende der Laufzeit ist nicht vorgesehen. Die Leasingzahlungen werden gemäß IAS 17.33 als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung linear über die Perioden erfasst. Die durchschnittliche Laufzeit der Leasingverträge liegt zwischen drei und fünf Jahren.

Büroflächen werden an den Standorten der Gesellschaft angemietet. Bei den Leasing- und Mietverträgen besteht bei einem Vertrag nach erfolgter Vertragsverlängerung eine Kaufoption. Es handelt sich hierbei jedoch um marktübliche Konditionen. Es ist daher weiterhin von einem „Operating-Leasingverhältnis“ auszugehen. Weiterhin beinhalten Verträge teilweise Preisanpassungsklauseln zu marktüblichen Konditionen.

Die finanziellen Verpflichtungen für Miet- und Leasingzahlungen für die nächsten Geschäftsjahre setzen sich wie folgt zusammen:

	Mieten für Gebäudeflächen	Sonstige Miet- und Leasingzahlungen
2011	508.668	469.034
2012 bis 2014	263.501	425.940
nach 2014	0	0

Die gesamten Aufwendungen aus allen Miet- und Leasingverträgen betragen im Geschäftsjahr 2010 EUR 1.117.609 (Vorjahr: EUR 1.361.881).

62. Zielsetzungen und Methoden des Finanzrisikomanagements

Die Gesellschaft betrachtet das Eigenkapital als wesentliche Steuerungsgröße zur Abdeckung konjunktureller, branchen- und unternehmensspezifischer Risiken. Die Finanzstrategie der Gesellschaft zielt darauf ab, ein diesen Risiken angemessenes Eigenkapital vorzuhalten.

Der Konzern steuert seine Kapitalstruktur und nimmt Anpassungen vor unter Berücksichtigung des Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zur Aufrechterhaltung oder Anpassung der Kapitalstruktur kann der Konzern Anpassungen der Dividendenzahlungen an die Anteilseigner oder eine Kapitalrückzahlung an die Anteilseigner vornehmen oder neue Anteile ausgeben. Zum 31.12.2010 und 31.12.2009 wurden keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren vorgenommen. Der Lagebericht enthält weitere Ausführungen zur Steuerung der Kapitalstruktur im Konzern.

Die wesentlichen durch den Konzern verwendeten finanziellen Verbindlichkeiten umfassen Schulden aus Lieferungen und Leistungen. Der Hauptzweck dieser finanziellen Verbindlichkeiten ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns. Der Konzern verfügt über verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die unmittelbar aus seiner Geschäftstätigkeit resultieren.

Der Konzern verfügt über keine derivativen Finanzinstrumente. Entsprechend den konzerninternen Richtlinien wurde in den Geschäftsjahren 2010 und 2009, und wird auch künftig, kein Handel mit Derivaten betrieben.

Die sich aus den Finanzinstrumenten ergebenden wesentlichen Risiken des Konzerns umfassen Liquiditäts- und Kreditrisiken.

Zur Steuerung der Kreditrisiken schließt der Konzern Geschäfte ausschließlich mit kreditwürdigen Dritten ab. Alle Kunden, die mit dem Konzern Geschäfte auf Kreditbasis abschließen möchten, werden einer Bonitätsprüfung unterzogen. Zudem werden die Forderungsbestände laufend überwacht, sodass der Konzern keinem wesentlichen Ausfallrisiko ausgesetzt ist. Das maximale Ausfallrisiko ist auf den in Anhangangabe 25 ausgewiesenen Buchwert begrenzt. Bei sonstigen finanziellen Vermögenswerten des Konzerns, wie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert dieser Instrumente.

Weiterhin überwacht der Konzern laufend das Risiko eines Liquiditätsengpasses, indem eine Liquiditätsvorschau auf einen festen Planungshorizont durchgeführt wird.

Die von der Unternehmensleitung beschlossenen Strategien und Verfahren zur Steuerung der Risikoarten werden auch im Lagebericht dargestellt.

63. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Schreiben vom 16.11.2010 legte Herr Fritz Fleischmann, Unternehmensberater, Grünwald, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats zum 31.12.2010 nieder, um eine Beratungstätigkeit im Vertrieb der Gesellschaft aufnehmen zu können. Als Ersatzmitglied wurde durch Beschluss des Amtsgerichts München vom 14.01.2011 Herr Richard Hauser, Unternehmensberater, Grünwald, bestellt.

Zu weiteren berichtspflichtigen Vorgängen von besonderer Bedeutung kam es nach dem Bilanzstichtag nicht.

64. Angaben zum deutschen Corporate Governance Codex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG erforderliche Entsprechenserklärung zur Einhaltung des deutschen Corporate Governance Kodex am 01.12.2010 abgegeben. Der vollständige Wortlaut der Erklärung befindet sich im Internet unter http://www.atoss.com/atoss/de/Company/Investor_Relations/Corporate_Governance/Entsprechenserklärung/default.htm. Vorstand und Aufsichtsrat nehmen jährlich zu den Empfehlungen der deutschen Corporate Governance Kommission Stellung und berichten darüber im Geschäftsbericht.

65. Mitteilungspflichtige Beteiligungen

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2010 die nachfolgenden Mitteilungen über Beteiligungsveränderungen gemäß §§ 21 ff. WpHG zugegangen:

Am 21.06.2010 wurde der Stimmrechtsanteil von 3 Prozent am Grundkapital durch den Aktienerwerb der Firma MainFirst SICAF, Luxemburg, überschritten und beträgt 3,1 Prozent am Grundkapital.

Am 18.11.2010 wurde weiterhin der Stimmrechtsanteil von 3 Prozent am Grundkapital durch den Aktienerwerb der Firma Universal-Investment, Deutschland, überschritten und beträgt 3,01 Prozent am Grundkapital.

66. Freigabe des Konzernabschlusses

Der vorliegende Abschluss wurde am 28.01.2011 durch den Vorstand der Gesellschaft freigegeben und dem Aufsichtsrat vorgelegt, der bis einschließlich zur bilanzfeststellenden Aufsichtsratssitzung am 22.02.2011 Änderungen am Abschluss vornehmen kann.

Der Vorstand ist davon überzeugt, dass alle Angaben ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie des Cash Flows vermitteln.

67. Ergebnisverwendung

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den frei verfügbaren Bilanzgewinn der ATOSS Software AG, München, aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 in Höhe von EUR 7.194.208 zur Ausschüttung einer Dividende von EUR 0,60 je dividendenberechtigter Stückaktie zu verwenden.

Der verbleibende Teil des Bilanzgewinns wird auf neue Rechnung vorgetragen.

München, 28.01.2011

Andreas F.J. Obereder

Christof Leiber

Konzern-Lagebericht für 2010

1. Geschäft und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanz- und Vermögenslage
4. Nachtragsbericht
5. Risikomanagement- und Kontrollsystem
6. Ausschüttung
7. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Seit Jahresmitte 2009 verzeichnet die deutsche Wirtschaft einen Aufholprozess mit hoher Dynamik. Dieser wurde zu Beginn maßgeblich durch die globale Konjunktur getragen. Jedoch gewann die Binnennachfrage in den vergangenen drei Quartalen mehr und mehr an Bedeutung. Wesentlich für den Anstieg der Binnennachfrage waren Investitionsanreize, die aus einem historisch niedrigen Zinsniveau resultierten. Der private Konsum stieg zur Jahresmitte 2010 erstmals seit den zurückliegenden drei Quartalen an, ebenso auch die Ausrüstungsinvestitionen, die seit Frühjahr 2010 zulegten.

Gemäß der Konjunkturprognose 2010/2011 des ifo-Instituts sowie dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird nach einem drastischen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in 2009 von -4,7 Prozent für das Jahr 2010 ein deutlicher Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3,7 Prozent vorhergesagt. Das statistische Bundesamt stellte für das Jahr 2010 einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr fest, wobei insbesondere die Investitionen in Ausrüstungen deutlich gegenüber dem Vorjahr (+9,4 Prozent) anstiegen.

Die im Jahr 2010 erfolgte Konjunkturerholung spiegelt auch der Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, veröffentlicht durch das ifo-Institut, wider. Dieser stieg gegenüber dem Vorjahr um 15 Punkte auf 110 Punkte an. Demnach schätzen die Unternehmen die Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr deutlich besser als im Vorjahr ein. Durch die Erholung der Wirtschaft ist zu erwarten, dass sich die Beschäftigungssituation weiter verbessert. Das ifo-Institut schätzt, dass die Arbeitslosenquote auf 7,0 Prozent sinken dürfte.

Branchensituation und Marktumfeld

Die Entwicklung der IT-Branche hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Gemäß der durch den Branchenverband BITKOM veröffentlichten Marktzahlen wird erwartet, dass die IT-Branche ein Umsatzwachstum von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Im Bereich Software wird ein Umsatzwachstum für 2010 von 2,4 Prozent prognostiziert.

Die Wachstumsentwicklung spiegelt auch der BITKOM Branchenindikator wider, der seit Anfang 2010 einen erheblichen Anstieg auf 69 Punkte verzeichnete. BITKOM rechnet, dass im kommenden Jahr die Nachfrage der gewerblichen Kunden als auch der Privatverbraucher weiter ansteigen wird. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der durch BITKOM durchgeführten Unternehmensbefragung für das Segment Software wider. Demnach rechnen für das vierte Quartal 2010 über dreiviertel aller befragten Unternehmen mit einem Umsatzplus.

Während diese Konjunkturvergleiche sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch im IT-Umfeld auf einer Basis von im Vorjahr deutlich geschrumpften Vergleichszahlen aufsetzen, ist ATOSS im Vorjahr deutlich gewachsen. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft mit dem erfreulichen Geschäftsverlauf in 2010 verbunden mit einem Wachstum im Kernbereich Software von 6 Prozent sehr zufrieden.

Dies zeigt sich in den sehr erfolgreichen Umsatz- und Ergebniszahlen des abgelaufenen Jahres. In 2010 konnten mit Mio. EUR 29,3 (Vorjahr: Mio. EUR 29,1) Umsatzerlöse leicht über dem Vorjahr und mit Mio. EUR 6,8 (Vorjahr: Mio. EUR 5,5) bereits zum fünften Mal in Folge das beste Ergebnis (EBIT) der Unternehmensgeschichte erreicht werden. Die weiter hohen Auftragsbestände schaffen zudem Umsatz- und Planungssicherheit für die nähere Zukunft. Der hohe Bestand an liquiden Mitteln und die hohe Eigenkapitalquote geben darüber hinaus Sicherheit für Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre.

Positionierung der ATOSS Gruppe

Der von ATOSS adressierte Markt teilt sich in den zahlenmäßig umfangreichen Markt der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Markt) mit bis zu 500 Mitarbeitern sowie in den Premium-Markt, der größere Unternehmen des Mittelstands und Großkunden umfasst. Dabei ist der Wettbewerbsdruck bei geringen Anforderungen an Personaleinsatzplanungssysteme naturgemäß deutlich höher als bei komplexen Lösungen, welche eine hohe Integration von Arbeitszeitmanagement (AZM) und Personaleinsatzplanung (PEP) erfordern. Die richtungsweisende Technologieplattform der Produkte von ATOSS, die hohe Beratungskompetenz sowie die langjährig verlässliche Unternehmensführung von ATOSS bilden überzeugende Entscheidungskriterien.

ATOSS verfolgt seit Unternehmensgründung ihre Vision, mit ihren Lösungen die Strukturen der modernen Arbeitswelt in einer Weise zu beeinflussen, so dass durch den Einsatz ihrer Lösungen im Ergebnis kreativeres, intelligenteres und humaneres Arbeiten ermöglicht wird.

Dabei löst ATOSS mit ihren Produkten und Dienstleistungen dort Kundenprobleme, wo es Schwierigkeiten bereitet, den optimalen Personalbedarf zu ermitteln, Arbeitszeitmodelle optimal zu gestalten, die Arbeitszeit sinnvoll zu verteilen, Zutritt sicher zu gewährleisten und das Personal effizient einzusetzen. Die Kunden der ATOSS Gruppe sind so in der Lage, durch einen wirtschaftlich sinnvollen, mitarbeiter- und kundenorientierten Personaleinsatz ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern.

ATOSS ist mit den Kernthemen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung als Spezialist („Best of Breed“) mit einem sehr tiefen Angebot integrierter Lösungen positioniert, welche höchste funktionale und technologische Anforderungen erfüllen. Über Schnittstellen zu den Lösungen komplementärer Anbieter können Kunden jeder Branche und Unternehmensgröße sinnvoll adressiert werden. ATOSS ist dabei in allen Kundensegmenten sehr erfolgreich. Daneben verfügt die Gesellschaft über höchste Beratungskompetenz bei einer überzeugenden Lösungstiefe und kann somit ihren Kunden Effizienzsteigerungen und weitere Produktivitätsimpulse gewährleisten. Schließlich bietet ATOSS für ihre Lösungen Investitionssicherheit als langfristig engagierter und finanziell unabhängiger Partner.

Eigene Beobachtungen und Vertriebsserfolge sowie etliche Studien zur Arbeitsproduktivität zeigen, dass das Marktumfeld Lösungen benötigt, die bei höchsten Komplexitätsanforderungen Steigerungen in der Produktivität ermöglichen:

Der richtige Mitarbeiter

In einem durchgängigen Lösungsportfolio zeigen die ATOSS Lösungen die Qualifikationen des verfügbaren Personals auf, eine schnelle Disposition ist damit möglich. Kurzfristige und auch saisonale Engpässe können so über den Zugriff auf eine Vielzahl von Arbeitnehmern abgedeckt werden.

Zur richtigen Zeit

Fast in allen Branchen schwankt die Auslastung, während das Personal nicht zu jeder Zeit entsprechend dieser Schwankungen beschäftigt werden kann. Unter Berücksichtigung der betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Regelungen sowie Einflussfaktoren wie Urlaub, Krankheit, Teilzeit etc. optimiert ATOSS über ihre Lösungen den Personaleinsatz, um Auftragspitzen und Leerzeiten abzudecken.

Am richtigen Ort

Flexibler Einsatz von Personal an unterschiedlichen Standorten ermöglicht in dezentral organisierten Unternehmen und Filialbetrieben eine effizientere Auslastung und damit ein höheres Produktivitätsniveau.

Auf dem richtigen Auftrag

Die Integration von Personalplanung und Produktionsplanung erfolgt heute nur in wenigen Fällen. Dennoch lassen sich gerade hier über einen sinnvollen Datenaustausch Planungssicherheit erzeugen und Produktionsprozesse beschleunigen.

Zu den richtigen Kosten

Betriebliche Arbeitszeitmodelle eröffnen heute oftmals flexiblere Möglichkeiten Mitarbeiter einzusetzen, als dies bei starren Arbeitszeiten möglich ist. Doch erst die Bewertung der geleisteten Arbeitszeit mit Zuschlägen und Nebenkosten ermöglicht den Einsatz zu kostenoptimierten Bedingungen.

Die Möglichkeiten zahlreicher ATOSS Kunden wurden durch den Einsatz unserer Lösungen signifikant verbessert, wie durch eigene Untersuchungen gezeigt werden konnte. ATOSS bietet Kunden aller Größen individuelle und passende Konzepte sowie funktionale Kompetenz auf der Basis modernster Technologien.

Bei der Entscheidung für eine langfristige Partnerschaft steht insbesondere bei Großkunden die solide finanzielle Basis und Unabhängigkeit des Unternehmens zunehmend im Fokus. Für eine Investitionsentscheidung ist hierbei die solide Eigenkapitalquote von 63 Prozent (Vorjahr: 57 Prozent), der operative Cash Flow in Höhe von Mio. EUR 5,8 (Vorjahr: Mio. EUR 7,6) und die weiterhin hohen Aufwendungen für die technologische Weiterentwicklung maßgeblich.

Unternehmensentwicklung

Die Gesellschaft misst den Erfolg ihrer Aktivitäten im Wesentlichen an den Kennzahlen Umsatz, Betriebsergebnis (EBIT) und Cash Flow. Eine zentrale Bedeutung kommt hierbei der Entwicklung der Softwarelizenz Erlöse zu, da sie den Motor für das Geschäftsmodell des Unternehmens darstellen. In diesem Zusammenhang sind auch die Größen Auftragseingang und Auftragsbestand für Softwarelizenzen essentielle Indikatoren für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

ATOSS erzielte im Geschäftsjahr 2010 einen Umsatz von Mio. EUR 29,3 (Vorjahr: Mio. EUR 29,1) und ein operatives Ergebnis von Mio. EUR 6,8 (Vorjahr: Mio. EUR 5,5). Diese erfreuliche Umsatz- und Ergebnisentwicklung in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist unter anderem auf den technologischen Vorsprung der seit 2005 auf Java basierenden Software zurückzuführen. Die Vielzahl an Referenzen für die ATOSS Staff Efficiency Suite bildet so eine solide Basis und Entscheidungshilfe für weitere Geschäftserfolge.

Umsatzentwicklung bei Softwarelizenzen und -wartung, Auftragslage Softwarelizenzen

Die Softwarelizenz- und Softwarewartungsumsätze konnten in 2010 mit Erlösen von Mio. EUR 17,8 (Vorjahr: Mio. EUR 16,8) um 6 Prozent gesteigert werden. Der Umsatzanteil für Software lag bei 61 Prozent (Vorjahr: 58 Prozent).

Dabei stiegen die Umsätze für Softwarewartung im Jahresverlauf um 6 Prozent auf insgesamt Mio. EUR 11,3 (Vorjahr: Mio. EUR 10,6) an.

Die Umsätze für Softwarelizenzen bewegten sich mit Mio. EUR 6,5 (Vorjahr: Mio. EUR 6,1) über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsatzerlöse ist zurückzuführen auf Lizenzerweiterungen von Bestandskunden, den Projektfortschritt bei Großkunden sowie durch weitere Neukundenaufträge für langfristige Fertigungsaufträge.

Die Auftragseingänge in Höhe von Mio. EUR 6,3 bewegen sich unter dem Vorjahr von Mio. EUR 7,0. 28 Prozent (Vorjahr: 49 Prozent) der Auftragseingänge beziehen sich auf langfristige Fertigungsaufträge.

Der Auftragsbestand für Softwarelizenzen beträgt zum Geschäftsjahresende 2010 Mio. EUR 3,1 (Vorjahr: Mio. EUR 3,3) und bewegt sich damit weiterhin auf einem hohen Niveau. 40 Prozent (Vorjahr: 74 Prozent) des Auftragsbestandes beziehen sich auf langfristige Fertigungsaufträge.

Umsatzentwicklung bei Beratung

In der Beratung konnte das Wachstum der vergangenen Jahre nicht fortgesetzt werden. Die Beratungsumsätze lagen in 2010 mit Mio. EUR 7,9 um 7 Prozent unter dem Vorjahr in Höhe von Mio. EUR 8,5. Sie hatten einen Anteil am Gesamtumsatz von 27 Prozent (Vorjahr: 29 Prozent).

Hardwareumsätze und sonstige Umsatzentwicklung

Die Erlöse aus Hardwareverkäufen stiegen in 2010 gegenüber dem Vorjahr an. Mit Mio. EUR 2,5 lagen sie um 7 Prozent über dem Vorjahr von Mio. EUR 2,3. Der Anteil am Gesamtumsatz betrug 8 Prozent (Vorjahr: 8 Prozent). Die sonstigen Umsätze, unter welchen insbesondere Ausweismedien und kundenspezifische Programmierleistungen verbucht werden, betragen Mio. EUR 1,1 und lagen damit um 26 Prozent unter dem Vorjahr mit Mio. EUR 1,5. Der Anteil am Gesamtumsatz betrug 4 Prozent (Vorjahr: 5 Prozent).

Fertigungsaufträge

Wie in den Vorjahren realisiert die Gesellschaft Aufträge aus langfristiger Auftragsfertigung entsprechend der Methode der Teilgewinnrealisierung. Im Geschäftsjahr 2010 waren davon 17 Aufträge (Vorjahr: 18) betroffen, welche in einer Höhe von Mio. EUR 4,4 (Vorjahr: Mio. EUR 3,7) entsprechend des Projektfortschritts realisiert wurden.

Unternehmensstrategie und Chancen

Kern der Geschäftstätigkeit ist die kontinuierliche Gewinnung von Neukunden sowie der Ausbau der Bestandskundeninstallationen in den Themen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung. In beiden Bereichen sind in 2010 beachtliche Fortschritte erzielt worden. So konnte bei wesentlichen Bestandskunden die neueste Produktgeneration der Softwarelösungen der Gesellschaft platziert werden. Zudem konnten eine Vielzahl neuer Kunden und weiterer Großkundenaufträge gewonnen werden. Schließlich konnten im Vorjahr gewonnene Großprojekte im Geschäftsjahr 2010 erfolgreich realisiert werden. Über diese Erfolge sehen wir uns weiterhin in unserer Strategie bestätigt, die sich auf diese Weise sehr erfreulich in Umsatz und Ergebnis niedergeschlagen hat.

Wir sehen im deutschsprachigen Raum weiterhin gute Wachstumsmöglichkeiten. Auch International sind wir mit unseren Produkten mittlerweile in mehr als 20 Ländern und acht Sprachen vertreten. Somit verfügen wir mittelfristig auch über Potenzial für internationales Wachstum, das besonders im Premium-Markt deutliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Die erstklassige Positionierung der Gesellschaft ist geprägt durch namhafte Referenzkunden, richtungsweisende Technologien (Java J2EE), ein überzeugendes funktionales Angebot, eine hohe Kompetenz in der Umsetzung von Softwareprojekten und in der inhaltlichen Beratung sowie durch die Stabilität und Unabhängigkeit des Unternehmens.

Um diese Wettbewerbsvorteile dauerhaft auszubauen, wird der Mitteleinsatz für die Produktentwicklung und den Marktzugang und damit für weiteres Wachstum auf dem hohen Niveau fortgeführt.

Forschung und Entwicklung

Die Sicherheit, auch zukünftig komplexeste Anforderungen abbilden zu können, ist für ATOSS Kunden entscheidend. Gleichzeitig ist es erforderlich, technologisch leistungsfähige Lösungen einzusetzen, die auch in den Systemumgebungen der Zukunft einsetzbar sind und ihren wirtschaftlichen Nutzen damit langfristig entfalten. Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin das hohe Engagement für die Entwicklung unserer Produkte fortführen.

So schaffen wir auf der Basis moderner Technologieplattformen Lösungen, die jegliche Kunden- und Branchenanforderungen rund um den intelligenten Personaleinsatz abbilden. Wir gewährleisten dabei eine vollständige Aufwärtskompatibilität für unproblematische Releasewechsel; der Einsatz der modernsten Lösungen ist so jederzeit möglich.

Ziel unserer Produktentwicklung ist es, für die immer komplexer und individueller werdenden Anforderungen unserer Kunden passende Lösungen bieten zu können. Dabei war die Entwicklung einer in Java entwickelten Version der ASES (ATOSS Staff Efficiency Suite) und ASE (ATOSS Startup Edition), die die Integration dieser Lösungen in unterschiedlichen Systemumgebungen ermöglicht, ein großer Meilenstein.

Durch die Implementierung der sogenannten serviceorientierten Architektur (SOA) wird der Datenaustausch zwischen unseren und anderen vom Kunden eingesetzten Lösungen stark vereinfacht. So konnten unsere Lösungen beispielsweise erfolgreich mit vorgeschalteten Planungssystemen oder nachgelagerten Auswertungssystemen verbunden oder wie in einem anderen Einsatzszenario als Echtzeit-Informationsquelle in das Besucher-Management-System eines Kunden integriert werden. Somit generieren unsere Lösungen Mehrwerte über die originären Funktionalitäten hinaus. Die Fortentwicklung der Schnittstellen in unseren Systemen macht es für unsere Kunden einfach und leicht umsetzbar, unsere Lösungen in vorhandene IT-Systemlandschaften einzubinden und optimal zu nutzen.

Unser vollständig Java-basiertes Lösungspaket für softwaregestütztes Arbeitszeitmanagement kann in unterschiedlichsten Branchen eingesetzt werden. Dabei sind die ATOSS Startup Edition (ASE) und die ATOSS Time Control (ATC) durch sehr einfache Benutzerführung gekennzeichnet. Mit der ATOSS Startup Edition sprechen wir Kunden auf unterschiedlichen Systemumgebungen an, welche bei zukünftig komplexeren Anforderungen einfach auf die ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) migrieren können. ATOSS Time Control (ATC) hingegen ist auf Kunden aus der Microsoft-Welt fokussiert.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen im Jahr 2010 Mio. EUR 6,0 (Vorjahr: Mio. EUR 5,6). Hiervon entfiel mit Mio. EUR 4,8 (Vorjahr: Mio. EUR 4,5) der wesentliche Teil auf die Personalkosten der 102 (Vorjahr: 91) Softwareentwickler. Der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am Gesamtumsatz lag bei 20 Prozent (Vorjahr: 19 Prozent).

Wie in den Vorjahren werden die Aufwendungen für die Entwicklung der Softwareprodukte nicht aktiviert, sondern vollständig im Aufwand erfasst.

Tochterunternehmen, Auslandsgeschäft

Sämtliche Tochtergesellschaften haben sich im Geschäftsjahr 2010 weiterhin positiv entwickelt. Alle Gesellschaften zeigen zum 31.12.2010 ein positives Ergebnis. Der Auslandsanteil des Konzernumsatzes lag in 2010 bei 9 Prozent, im Vorjahr betrug er 8 Prozent.

Organe, Mitarbeiter, Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 beschäftigte der Konzern durchschnittlich 243 Mitarbeiter (Geschäftsjahr 2009: 227). Davon wurden 102 (Vorjahr: 91) Personen in der Produktentwicklung, 70 (Vorjahr: 66) Personen in der Beratung, 34 (Vorjahr: 34) Personen in Vertrieb und Marketing sowie 37 (Vorjahr: 36) Personen in der Verwaltung beschäftigt. Der Personalaufwand beträgt in 2010 Mio. EUR 14,6 und liegt damit leicht unter dem Vorjahr mit Mio. EUR 15,0.

Die Steuerung der Gesellschaft beruht maßgeblich auf einem breit ausgelegten Zielsystem. Mit nahezu jedem Mitarbeiter werden Unternehmensziele, Bereichsziele und individuelle Ziele vereinbart, die in Abhängigkeit der jeweiligen Verantwortungsstufe mit einem entsprechenden variablen Gehaltsbestandteil versehen sind. Die variablen Gehaltsbestandteile liegen zwischen 10 Prozent und 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Zielgehalts. Dabei richten sich die Unternehmensziele nach den für das Geschäftsjahr relevanten Plandaten hinsichtlich des Umsatzes und des operativen Ergebnisses. Die Bereichsziele sind je nach Funktions- und Verantwortungsbereich einheitlich aufgestellte, quantitative Umsatz- oder Performance-Ziele, während individuelle Ziele die Leistungen jedes einzelnen Mitarbeiters bewerten.

Zum 31.12.2010 bestanden 5 (Vorjahr: 6) Ausbildungsverhältnisse. In 2010 wurde wie im Vorjahr eine Person übernommen.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2010 unverändert Peter Kirn als Vorsitzender, Fritz Fleischmann als Stellvertreter und Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau an.

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeit eine feste Vergütung mit einem von der Sitzungsanzahl abhängigen variablen Anteil.

Der Vorstand ist weiterhin mit Andreas F.J. Obereder als Vorsitzendem und Christof Leiber als Finanzvorstand besetzt.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder richtet sich nach ihrem Beitrag zum Geschäftserfolg und nach branchenüblichen Standards. Sie enthält erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile. Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Auf die erfolgsabhängige Vergütung wird monatlich ein Vorschuss von höchstens 50 Prozent der Zieltantieme für das jeweilige Geschäftsjahr geleistet. Der Aufsichtsrat befasst sich zumindest einmal jährlich mit der Angemessenheit der Vergütung und setzt insbesondere die Erfolgsziele für die erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile jährlich im Voraus neu fest. Die Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung (Tantieme) richtet sich hierbei nach dem Konzernumsatzziel und dem operativen Ergebnisziel vor Effekten aus den Wandelschuldverschreibungsprogrammen der Gesellschaft. Des Weiteren enthalten die Vorstandsverträge sonstige Vergütungsbestandteile in Form von durch die Gesellschaft gezahlte Versicherungsprämien und sonstige Nebenleistungen wie der Überlassung von Dienstwagen. Dem Vorsitzenden des Vorstands wurde darüber hinaus eine Pensionszusage gegeben.

Corporate Governance

Seit den Aktivitäten im Rahmen des Börsengangs beschäftigt sich die ATOSS Software AG intensiv mit dem Thema Corporate Governance und den entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Seit 2001 informiert die Gesellschaft regelmäßig über die diesbezüglichen Aktivitäten. Dafür setzen sich Gesellschaftsorgane insbesondere intensiv mit den Entwicklungen und Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auseinander. Anders als die gesetzlichen Bestimmungen entfaltet der Kodex jedoch keine normative Bindungswirkung, sondern lässt auch Abweichungen von den Verhaltensempfehlungen zu.

Auch in 2010 haben sich Vorstand und Aufsichtsrat intensiv mit den neuen Anforderungen des Corporate Governance Kodex beschäftigt, diese mit den eigenen Grundsätzen abgeglichen und festgestellt, in welchen Punkten Abweichungen zu den Verhaltensempfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex vom 26. Mai 2010 bestehen.

Am 01.12.2010 verabschiedeten Vorstand und Aufsichtsrat eine neue Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, in der bestätigt wird, dass den Verhaltensempfehlungen der von der Deutschen Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Unternehmensleitung und -überwachung mit Ausnahme der in der Erklärung genannten Punkte entsprochen wird. Diese Erklärung ist auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Gesellschaft den Empfehlungen in weiten Teilen nachkommt und nur in wenigen und aus Sicht des Unternehmens unwesentlichen Punkten nicht entsprochen wird.

Bei den Abweichungen handelt es sich um folgende Punkte:

- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, die Einberufung der Hauptversammlung mit samt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege zu übermitteln (Ziffer 2.3.2). Da es sich bei den Aktien der ATOSS Software AG nicht um Namens- sondern Inhaberaktien handelt, ist die Empfehlung aus Sicht der Gesellschaft nicht praktikabel.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, in Haftpflichtversicherungen, die ein Unternehmen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder abschließt, (sog. Directors and Officers Liability Insurances – D&O) einen Selbstbehalt vorzusehen (Ziffer 3.8). Die ATOSS Software AG ist aufgrund bestehender Vorstandsverträge erst zu deren Auslaufen in der Lage, einen Selbstbehalt zu vereinbaren. Hinsichtlich der Vereinbarung eines Selbstbehalts für die entsprechenden Versicherungen zu Gunsten der Aufsichtsräte ist die Gesellschaft grundsätzlich nicht der Auffassung, dass das Engagement und die Verantwortung, mit der die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Aufgabe wahrnehmen, durch eine solche Maßnahme verbessert werden. Die D&O Versicherungen für Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der ATOSS Software AG sehen daher eine solche Regelung nicht vor. Eine Veränderung wird deshalb aktuell nicht beabsichtigt. Bei Auslaufen der bestehenden Vorstandsverträge oder nach Beendigung der laufenden Amtszeiten von Aufsichtsräten wird vor Neuabschluss eine Überprüfung insbesondere im Hinblick auf die dann geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen vorgenommen.

- Der Deutsche Corporate Governance Kodex gibt zunächst in Ziffer 4.2.3 die in 2009 geänderte Gesetzeslage wieder, nach der der Aufsichtsrat künftig dafür Sorge tragen muss, dass variable Vergütungsbestandteile der Vorstandsvergütung grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Zudem empfiehlt der Deutsche Corporate Governance Kodex, dass bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile sowohl positive als auch negative Entwicklungen berücksichtigt werden sollen. Dies ist bei den aktuell laufenden Vorstandsverträgen der Gesellschaft nicht berücksichtigt. Die Gesellschaft ist nicht in der Lage, in bestehende Verträge mit den Vorständen einzugreifen. Selbstverständlich wird die Gesellschaft bei einer künftigen Verlängerung bestehender Verträge oder bei Abschluss neuer Vorstandsverträge die jeweils aktuelle Gesetzeslage berücksichtigen.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt zudem in Ziffer 4.2.3 bei Abschluss von Vorstandsverträgen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund Zahlungen an Vorstandsmitglieder auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen zu begrenzen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages zu vergüten. Die Gesellschaft hat in den Verträgen mit den Vorständen keine Abfindungsregelungen getroffen, da die Anstellungsverträge jeweils auf die Dauer der Bestellungsperiode geschlossen werden und in dieser Zeit nicht ordentlich kündbar sind. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine solche Regelung einer Abfindung im Voraus der Natur des befristeten Anstellungsvertrages widersprechen würde. Im Übrigen gewähren die Vorstandsverträge keine Abfindungsansprüche der Vorstandsmitglieder z.B. für sogenannte Change of Control Fälle.
- Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.1.2) wird empfohlen, dass der Aufsichtsrat bei der Zusammensetzung des Vorstands auch auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben soll. Dieser Empfehlung wird derzeit nicht entsprochen, da dies nach Ansicht des Aufsichtsrats der ATOSS Software AG für die effektive und erfolgreiche Arbeit des aktuell aus zwei Mitgliedern bestehenden Vorstands nicht angemessen ist. Der Aufsichtsrat wird prüfen, inwieweit dieser Empfehlung zukünftig entsprochen werden kann.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt die Bildung von Aufsichtsratsausschüssen (Ziffer 5.3). Die ATOSS Software AG sieht aufgrund der Größe der Gesellschaft von der Bildung gesonderter Aufsichtsratsausschüsse ab. Im Übrigen ist die ATOSS Software AG der Auffassung, dass bei einem aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat die Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates keineswegs durch die Bildung von Ausschüssen erhöht würde.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.4.1) empfiehlt, dass der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation, der internationalen Tätigkeit des Unternehmens, potentieller Interessenskonflikte, einer festzulegenden Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) benennen soll. Diese konkreten Ziele sollen insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Dieser Empfehlung wird derzeit nicht entsprochen, da nach Ansicht des Aufsichtsrats der ATOSS Software AG eine solche Zielaufstellung für die effektive und erfolgreiche Arbeit des aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrats nicht erforderlich ist. Der Aufsichtsrat wird prüfen, inwieweit dieser Empfehlung zukünftig entsprochen werden kann.
- Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.4.3) wird empfohlen, Wahlen zum Aufsichtsrat als Einzelwahl durchzuführen. Aus Gründen eines effizienten Abstimmungsverganges wurde die Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrats auf der Hauptversammlung der ATOSS Software AG bisher als Gruppenwahl durchgeführt. Gegen diese Vorgehensweise erhob kein anwesender Aktionär Einwände. Die Gesellschaft beabsichtigt daher, bei entsprechenden Wahlen dieses Verfahren fortzusetzen.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.4.6) empfiehlt die Vereinbarung einer festen und einer erfolgsorientierten Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. Die bestehende Regelung einer festen Vergütung mit einer variablen, von der Sitzungsanzahl abhängigen Vergütung, hat sich bewährt. Im Übrigen wurde diese Vergütungsregelung durch die Hauptversammlung beschlossen. Die Gesellschaft hält sich an diese Vorgaben der Hauptversammlung gebunden.

- Hinsichtlich der Veröffentlichung der Berichte wird gemäß Ziffer 7.1.2 empfohlen, Zwischenberichte innerhalb von 45 Tagen zugänglich zu machen. Die Gesellschaft veröffentlicht eine umfangreiche Kennzahlenübersicht (Umsatz, Umsatzarten, Operatives Ergebnis - EBIT -, Ergebnis vor Steuern - EBT -, Nettoergebnis, Nettoergebnis per Aktie) bereits innerhalb von weniger als 30 Tagen und den vollständigen Zwischenbericht innerhalb von zwei Monaten nach Quartalsende. Durch diese gestufte Veröffentlichungspraxis stellt die Gesellschaft auch außerhalb von Ad-hoc-pflichtigen Informationen eine besonders zeitnahe und umfassende Information des Kapitalmarktes her. Die Gesellschaft wird diese Veröffentlichungspraxis zur Sicherstellung möglichst aktueller Kapitalmarktinformationen fortsetzen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Durch den Vorstand wurde die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB abgegeben und auf der Internetseite der Gesellschaft unter dem Link http://www.atoss.com/atoss/de/Company/Investor_Relations/Corporate_Governance/Unternehmensführung/default.htm veröffentlicht.

Sonstige Angaben

Das Kapital der Gesellschaft ist in 4.025.667 Inhaberstückaktien zum rechnerischen Nennwert von einem Euro eingeteilt, welche vollständig stimm- und dividendenberechtigt sind. Von diesen hält der Mehrheitsaktionär, Andreas F.J. Obereder mit 1.981.184 Aktien einen Anteil von 49 Prozent. Andere Aktionäre, welche meldepflichtige Beteiligungen von mehr als 10 Prozent der Stimmrechte halten, sind der Gesellschaft nicht bekannt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, auch wenn sie sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können, sind der Gesellschaft nicht bekannt.

Sonderrechte, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Soweit Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind, sind sie in ihren Kontrollrechten nicht beschränkt.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2009, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 06. Mai 2009, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. April 2014 einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 402.566 durch Ausgabe von bis zu 402.566 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen.

Weiterhin wurde der Vorstand in der am 30. April 2010 durchgeführten Hauptversammlung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis einschließlich zum 29. Oktober 2011, außer zum Zwecke des Handels mit eigenen Aktien und unter Beachtung der Beschränkungen gemäß § 71 Abs. 2 AktG, Aktien der Gesellschaft in einem Umfang von bis zu zehn von Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten, öffentlichen Kaufangebots zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 30. April 2010 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss nicht nur über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot an alle Aktionäre, sondern unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch

- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Sacheinlage an Dritte auszugeben, sofern der Erwerb der Sacheinlage im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für eine eigene Aktie von Dritten zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlage an Dritte auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien der Gesellschaft bisher nicht zum Handel zugelassen sind;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Barkaufpreis zu veräußern, der den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet;

in Erfüllung der Aktienbezugsrechte aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm der Gesellschaft an Bezugsberechtigte zu übertragen; soweit die eigenen Aktien in Erfüllung von Aktienbezugsrechten aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm dem Vorstand übertragen werden sollen, liegt die Zuständigkeit beim Aufsichtsrat.

Der Vorstand wurde ferner in der Hauptversammlung vom 30. April 2010 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.

Die Ermächtigungen hinsichtlich der Verwendung von eigenen Aktien erfassen auch die Verwendung von eigenen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund früherer Ermächtigungsbeschlüsse nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Der zuvor bestehende Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2009 bezüglich dem Rückkauf eigener Aktien wurde in der Hauptversammlung am 30. April 2010 aufgehoben.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 9.000 eigene Aktien verwendet. Eigene Anteile wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht zurückgekauft. Zum 31.12.2010 hält die Gesellschaft 56.099 eigene Aktien (Vorjahr: 65.099) zum Durchschnittspreis von EUR 6,71 (Vorjahr: EUR 7,54). Zum Stichtag befinden sich 3.969.568 Aktien im Umlauf (Vorjahr: 3.960.568).

Die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands erfolgt nach § 84 und § 85 AktG sowie nach § 6 der Satzung.

Satzungsänderungen folgen den Regelungen des § 133 und der §§ 179 ff. AktG.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wurden keine Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen.

Die ATOSS Software AG, München, verfügt neben den Tochterunternehmen ATOSS Software Ges. mbH, Wien, der ATOSS Software AG, Zürich, der ATOSS CSD Software GmbH, Cham, und der ATOSS Software SRL, Timisoara, über Betriebsstätten in Frankfurt, Hamburg, Meerbusch und Stuttgart.

2. Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2010 ist geprägt durch leicht angestiegene Gesamtumsätze (Mio. EUR 29,3; Vorjahr: Mio. EUR 29,1). Gleichzeitig sind die Kosten – ohne Berücksichtigung des Wareneinsatzes – mit 4 Prozent überproportional zurückgegangen (Mio. EUR 19,9; Vorjahr: Mio. EUR 20,6). Damit konnte die Ertragskraft über das Niveau des Vorjahres hinaus gesteigert werden.

Die für den operativen Erfolg der Gesellschaft wesentliche Kennzahl, das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT), wurde von Mio. EUR 5,5 im Vorjahr auf Mio. EUR 6,8 verbessert. Damit lag die Umsatzrendite des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern bei 23 Prozent (Vorjahr: 19 Prozent).

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) lag bei Mio. EUR 7,0 (Vorjahr: Mio. EUR 5,9). Das Jahresergebnis (Net Income) betrug Mio. EUR 4,8 (Vorjahr: Mio. EUR 4,0). Das Ergebnis je Aktie stieg somit auf EUR 1,21 (Vorjahr: EUR 1,00), um umlaufende Wandelschuldverschreibungen verwässert beträgt es EUR 1,21 (Vorjahr: EUR 1,00).

Die Gesellschaft hat insbesondere durch die Gewinnung von weiteren Premium-Kunden sowie einem effizienten Kostenmanagement unter Beibehaltung der hohen Aufwendungen für die Entwicklung funktional überlegener Produkte ihre Ertragskraft steigern und dadurch die Richtigkeit ihrer langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie auch finanziell untermauern können.

3. Finanz- und Vermögenslage

Die Gesellschaft betrachtet das Eigenkapital als wesentliche Steuerungsgröße zur Abdeckung konjunktureller, branchen- und unternehmensspezifischer Risiken. Die Finanzstrategie der Gesellschaft zielt darauf ab, ein diesen Risiken angemessenes Eigenkapital vorzuhalten. Damit soll den Aktionären eine angemessene Eigenkapitalrendite sowie den Kunden und Lieferanten über langfristige Partnerschaften Investitionssicherheit für ihre Software-Entscheidungen gewährleistet werden.

Hierbei war die ATOSS Gruppe im Geschäftsjahr 2010 sehr erfolgreich:

Weiterhin positiv zeigte sich im Berichtsjahr der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit. Er betrug im Geschäftsjahr 2010 Mio. EUR 5,8 (Vorjahr: Mio. EUR 7,6). Der Rückgang des Cash Flows aus der betrieblichen Tätigkeit im Vergleich zum Vorjahr resultiert ungeachtet des gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Nettoergebnisses im Wesentlichen aus dem Rückgang des Umsatzabgrenzungspostens infolge des stichtagsbedingten niedrigeren Bestands an Umsatzabgrenzungen aus langfristigen Fertigungsaufträgen, des Einmaleffektes infolge der im Vorjahr veränderten Pensionszusage bei der Pensionsrückstellung sowie der Veränderung der latenten Steuern. Positive Einflüsse ergaben sich im Wesentlichen aus dem Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie dem Anstieg der Steuerrückstellung.

Durch die Ausschüttung in Höhe von Mio. EUR 2,0 und die Bezahlung des im Vorjahr getätigten Immobilienerwerbs am Standort Meerbusch in Höhe von Mio. EUR 2,1 wurde die Liquidität (Finanzmittelfonds) reduziert. Die aus der betrieblichen Tätigkeit generierten Cash Flows haben jedoch insgesamt zu einer Stärkung des Finanzmittelfonds im Geschäftsjahr 2010 geführt. Die Liquidität belief sich zum 31.12.2010 auf Mio. EUR 20,7 (Vorjahr: Mio. EUR 19,3). Damit verfügt ATOSS über eine ausgezeichnete Ausstattung an Finanzmitteln, um konjunkturelle Risiken wie Branchenrisiken abzudecken und Möglichkeiten externen Wachstums zu nutzen. Auch die Fähigkeit der Gesellschaft, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist damit unverändert auf hohem Niveau gewährleistet.

Der Bestand des Sachanlagevermögens ist aufgrund des in 2009 getätigten Immobilienkaufs am Standort Meerbusch von Mio. EUR 0,8 um Mio. EUR 2,0 auf Mio. EUR 2,8 angestiegen. Besitz, Nutzen und Lasten sind per 01.01.2010 auf die Gesellschaft übergegangen.

Der Forderungsbestand reduzierte sich von Mio. EUR 4,3 auf Mio. EUR 3,1. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit mit 32 Tagen (Vorjahr: 45 Tage) ist nach wie vor sehr niedrig, was aus Sicht der Gesellschaft insbesondere auf die hohe Kundenzufriedenheit und das erfolgreiche Forderungsmanagement zurückzuführen ist.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus dem laufenden betrieblichen Cash Flow. Die kurzfristigen Schulden beinhalten Schulden aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von Mio. EUR 0,8 (Vorjahr: Mio. EUR 0,7), kurzfristige Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 0,1 (Vorjahr: Mio. EUR 0,1), Umsatzabgrenzungen in Höhe von Mio. EUR 1,7 (Vorjahr: Mio. EUR 3,2), Steuerrückstellungen in Höhe von Mio. EUR 1,0 (Vorjahr: Mio. EUR 0,1) sowie sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von Mio. EUR 4,2 (Vorjahr: Mio. EUR 4,3). Die kurzfristigen Schulden sind zum 31.12.2010 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt Mio. EUR 7,7 (Vorjahr: Mio. EUR 8,3) zurückgegangen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Umsatzabgrenzungen infolge des stichtagsbedingten niedrigeren Bestands an Umsatzabgrenzungen aus langfristigen Fertigungsaufträgen zurückzuführen.

In den sonstigen kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten sind überwiegend Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern für variable Gehaltsbestandteile, die im Folgejahr ausgezahlt werden, sowie erwartete Rechnungen enthalten.

Unter den langfristigen Schulden werden unter anderem die Einlagen für Wandelschuldverschreibungen ausgewiesen. Von den zum 31.12.2009 ausstehenden 16.000 Stück Wandelschuldverschreibungen wurden im Geschäftsjahr 9.000 Stück gewandelt. Somit befinden sich zum 31.12.2010 7.000 Stück in Umlauf.

Das Konzern-Eigenkapital lag per 31.12.2010 bei Mio. EUR 17,6 (Vorjahr: Mio. EUR 14,7), die Eigenkapitalquote betrug demnach 63 Prozent nach 57 Prozent zum 31.12.2009. Die Eigenkapitalrendite liegt zum 31.12.2010 unverändert bei 27 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent).

ATOSS weist die Aufwendungen zur Weiterentwicklung der Produktlösungen grundsätzlich in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Eine Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten findet unverändert nicht statt.

Die Investitionen in das Anlagevermögen betragen im laufenden Geschäftsjahr Mio. EUR 2,5 nach Mio. EUR 0,6 im Vorjahr.

Zur Verringerung der Verwaltungskosten ist der Fuhrpark sowie diverse Geschäftsausstattung der Gesellschaft geleast. Zum 31.12.2010 bestanden 81 Leasingverträge für Firmenfahrzeuge (Vorjahr: 73). Zudem werden einzelne Server über langfristige Leasingverträge von den Herstellern geleast. Zum 31.12.2010 besteht ein Leasingvertrag für einen Server (Vorjahr: 1). Weiterhin bestehen zum 31.12.2010 Leasingverträge für sieben (Vorjahr: 7) Kopiergeräte.

Aufgrund der sehr guten Ertragslage und der weiterhin soliden Vermögenslage sieht sich die Gesellschaft auch für die Zukunft in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4. Nachtragsbericht

Mit Schreiben vom 16.11.2010 legte Herr Fritz Fleischmann, Unternehmensberater, Grünwald, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats zum 31.12.2010 nieder, um eine Beratungstätigkeit im Vertrieb der Gesellschaft aufnehmen zu können. Als Ersatz wurde durch gerichtlichen Beschluss des Amtsgerichts München vom 14.01.2011 Herr Richard Hauser, Investment Manager, Grünwald, bestellt.

Zu weiteren berichtspflichtigen Vorgängen von besonderer Bedeutung kam es nach dem Bilanzstichtag nicht.

5. Risikomanagement- und Kontrollsystem

Als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264 d HGB ist der Konzern gemäß § 289 Abs. 5 HGB verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Risikomanagement- und Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem bezüglich des Rechnungslegungsprozesses ist gesetzlich nicht definiert. Wir verstehen das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnen uns an die Definition des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Unter einem internen Kontrollsystem werden danach die von dem Management im Konzern eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit,
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung. Die Vorgehensweise zur Erkennung und Steuerung von Risiken ist den nachfolgenden Erläuterungen zu entnehmen:

Im Einklang mit der langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie versucht die Gesellschaft keine unangemessenen Risiken einzugehen. Dennoch ist das Unternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unvermeidlich unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, die sich aus dem operativen Geschäft selbst, aber auch aus geänderten Umfeldbedingungen ergeben.

Um diese Risiken transparent darzustellen, sie zu bewerten und damit auch die sich bietenden Chancen nutzen zu können, hat die Gesellschaft ein umfassendes Risikomanagementsystem entwickelt. Dabei soll nicht nur die fortlaufende Identifikation und Beobachtung von Risiken sichergestellt werden, sondern auch durch die Bewertung von Eintrittswahrscheinlichkeit und denkbarem Schaden Entscheidungskriterien bereitgestellt werden, welche es ermöglichen, die Bereitschaft zum Eingehen von Risiken transparent darzustellen. Insgesamt verfügt ATOSS aus Sicht des Vorstands über ein sehr umfassendes und einfach nachvollziehbares System, welches die Risikostrategie sinnvoll unterstützt.

Es wurden im abgeschlossenen Jahr zwei umfassende Risikoerhebungen durchgeführt. Die daraus resultierenden Ergebnisse wurden durch das Risikomanagement Komitee zum Risikobericht zusammengefasst und dem Vorstand vorgelegt.

Wesentliche Risikofelder werden aktuell insbesondere in den Bereichen konjunkturelles Umfeld, Marktumfeld, Mitarbeiterfluktuation, Datenschutz und Datensicherheit sowie der System- und Netzwerkinfrastruktur gesehen. Die Gesellschaft versucht weiterhin diesen Risiken durch organisatorische Maßnahmen und das installierte Risikomanagementsystem, das eine Kommunikation der Risiken an den Vorstand sicherstellt, zu begegnen.

Die hohe Eigenkapitalquote sowie die hohen Bestände liquider Mittel bieten Sicherheit in einem konjunkturell herausfordernden Umfeld. Das Marktumfeld wird laufend beobachtet, sich ergebende mögliche Wachstumschancen geprüft, Differenzierungspotentiale gegenüber Wettbewerbern genutzt. Hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso wie die hohe fachliche Qualifikation unserer Mitarbeiter sind Garant für eine hohe Produktqualität. Bei Großprojekten erfolgt eine laufende Kommunikation an die Verwaltung hinsichtlich des jeweiligen Projektfortschrittes. Das Risiko des Ausfalls von Schlüsselpositionen ist grundsätzlich darüber abgedeckt, dass eine Verteilung der Kenntnisse innerhalb der Bereiche vorgenommen wird. Ebenso werden neben organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz und zur Datensicherheit neue Mitarbeiter auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen verpflichtet. Risiken aus System- und Netzwerkausfällen werden insbesondere durch laufende Datensicherungen, Notfallpläne bei Systemausfällen sowie die in 2010 eingerichtete Hochverfügbarkeitsplattform begegnet.

Das finanzwirtschaftliche Risiko wurde im Geschäftsjahr 2010 weiterhin durch eine unverändert konservative Anlagestrategie abgedeckt. Weiterhin wurden die Mittel der Gesellschaft aufgrund des möglichen Zinsänderungsrisikos und der Bonitätsrisiken im Wesentlichen in Festgelder namhafter Banken und Sparkassen mit kurzen Laufzeiten unter Beachtung der Haftungsgrenzen des Einlagensicherungsfonds sowie gegebenenfalls in kurzfristige Anlagen in Gold investiert. Somit ist das Marktpreisrisiko von finanziellen Vermögenswerten auch unter Beachtung der aktuellen Finanzkrise im Geschäftsjahr 2010 aus Sicht der Gesellschaft weiterhin zu vernachlässigen gewesen. Die Gesellschaft beabsichtigt, die Anlagepolitik künftig den veränderten Marktgegebenheiten anzupassen, um nachhaltige Wertbeständigkeit und Wertentwicklung langfristig zu sichern. Demnach beabsichtigt die Gesellschaft ab 2011 kurz- und mittelfristige Investitionen in Festgelder, Anleihen und Dividentitel vorzunehmen, die mit den für diese Anlageformen typischen Risiken verbunden sind.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden kontinuierlich hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit bewertet und bei Auffälligkeiten Wertberichtigungen vorgenommen. Nachdem die Gesellschaft über keine Kundenbeziehungen mit einem Umsatzanteil von mehr als 10 Prozent verfügt, hat das Kreditrisiko keinen bestandsgefährdenden Umfang.

Aufgrund der hohen und kurzfristig verfügbaren Zahlungsmittel sowie des positiven operativen Cash Flows besteht für die Gesellschaft kein Liquiditätsrisiko.

Ebenso werden die Risiken aus bestehenden oder neu abzuschließenden Kundenverträgen permanent beobachtet und bewertet.

Im Bereich rechtlicher Risiken oder Änderungen von regulatorischen Anforderungen können sich Beeinträchtigungen des operativen Geschäfts ergeben. Durch die Börsennotierung ergibt sich das Risiko, zunehmenden gesetzlichen Anforderungen nicht mehr in einer wirtschaftlich vertretbaren Weise nachkommen zu können. Weiterhin werden hierfür innerhalb der Organisation formelle Abläufe geschaffen, welche den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen sollen.

Schließlich besteht weiterhin die Möglichkeit, dass nicht erkannte und berichtete Risiken eintreten, welche ebenfalls negative Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit nehmen könnten. Aus der Konzentration von grundsätzlich voneinander unabhängigen Risiken können sich zusätzliche, sich gegenseitig verstärkende Gefahren für die Gesellschaft entwickeln. Deshalb wird ATOSS sein Umfeld weiterhin kontinuierlich beobachten und die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen wie auch das gesamte Risikomanagementsystem überprüfen. Trotz ständiger Anpassungen des Risikomanagementsystems lassen sich die dargestellten Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer betragsmäßigen Auswirkungen jedoch nicht vollständig quantifizieren.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können bei der ATOSS Software AG wie folgt beschrieben werden:

- Der Konzern zeichnet sich durch eine klare Führungs-, Unternehmens- und Kontrollstruktur aus.
- Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche Finanzbuchhaltung, Auftragsabwicklung und Controlling sind klar getrennt und die Verantwortungsbereiche eindeutig zugeordnet.
- Zur Analyse und Steuerung ertragsrelevanter Risikofaktoren wurde das zuvor beschriebene Risikomanagementsystem integriert sowie ein abgestimmtes Planungs- und Controllingsystem eingerichtet.
- Um die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage laufend zu überwachen wird monatlich ein Review an das Management und den Aufsichtsrat versendet.
- Eine einheitliche Rechnungslegung wird durch konzernweite einheitliche Richtlinien gewährleistet, die bei Bedarf angepasst werden.
- Die Funktionen und Verantwortlichkeiten in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet.
- Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen.
- Die im Rahmen der Rechnungslegung eingesetzten EDV-Systeme sind durch Sicherheitseinrichtungen gegen unbefugten Zugriff geschützt.
- Die eingesetzten Finanzsysteme basieren auf einer Standardsoftware.
- In den wöchentlich stattfindenden Finanzmeetings werden wesentliche rechnungslegungsrelevante Sachverhalte angesprochen und geklärt.
- Wesentliche rechnungslegungsbezogene Prozesse unterliegen regelmäßigen Prüfungen. Das Risikomanagementsystem wird bei Bedarf an aktuelle Entwicklungen angepasst.
- Bei wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.
- Der Aufsichtsrat befasst sich mit wesentlichen Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, des Prüfungsauftrags und seinen Schwerpunkten.
- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Gesellschaft. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle in den Abschluss einbezogenen Gesellschaften und Bereiche eingebunden.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, dessen wesentlichen Merkmale zuvor beschrieben worden sind, stellt sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell richtig erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie korrekt in die externe Rechnungslegung übernommen werden. Zudem wird dadurch gewährleistet, dass potenzielle Risiken frühzeitig erkannt sowie gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden.

Die klare Führungs- und Unternehmensstruktur sowie die geeignete personelle und materielle Ausstattung des Rechnungswesens stellen die Grundlage für einen ordnungsgemäßen, einheitlichen und nachhaltigen Rechnungslegungsprozess dar. Die klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie verschiedene Kontroll- und Überprüfungsmechanismen gewährleisten eine fehlerfreie und kohärente Rechnungslegung.

Durch das interne Kontroll- und Risikosystem wird bei dem Konzern sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben sowie den internen Leitlinien steht und Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet, kommuniziert und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

6. Ausschüttung

Wie im Vorjahr legen Vorstand und Aufsichtsrat bei ihrem Dividendenvorschlag die langfristige Dividendenpolitik des Unternehmens zugrunde, nach der 30 Prozent bis 50 Prozent des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Konzerngewinns je Aktie ausgeschüttet werden. Aus diesem Grund hat sich der Vorstand entschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende in Höhe von 0,60 EUR je dividendenberechtigter Aktie vorzuschlagen.

7. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

Für 2011 wird durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage als auch durch das ifo-Institut ein Wachstumsplus prognostiziert. Jedoch wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaft langsamer als in 2010 wachsen wird. Als Gründe werden hierfür die Abschwächung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, der Abbau bzw. die Kürzung von Leistungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durch die Bundesregierung sowie Risiken an den internationalen Finanzmärkten gesehen. Die Sorge um die stark gestiegenen Budgetdefizite und Schuldenstände der Industrieländer und damit verbundenen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit insbesondere einige Länder in der Euroraum-Peripherie bestimmen mit das Geschehen. Durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage wird für 2011 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 2,2 Prozent sowie durch das ifo-Institut ein Anstieg von 2,4 Prozent prognostiziert.

Die Branchenverband BITKOM sagt für das Jahr 2011 in Deutschland ebenso einen optimistischen Geschäftsverlauf vorher. Gemäß der durch BITKOM durchgeführten Unternehmensbefragung rechnen 89 Prozent der befragten Unternehmen mit steigenden Umsatzerlösen sowie 9 Prozent mit einem stabilen Umsatzverlauf. Darüber hinaus wollen zwei Drittel der Unternehmen neue Stellen schaffen. Im Segment Software planen sogar 79 Prozent der befragten Unternehmen mit einem ansteigenden Personalbestand. Im Zusammenhang mit der konjunkturellen Erholung wird von zahlreichen Unternehmen jedoch der Fachkräftemangel als Markthemmnis gesehen. Für 2011 wird durch BITKOM ein Umsatzwachstum in der IT-Branche von 4,3 Prozent und für den Bereich Software von 4,2 Prozent prognostiziert.

Auch für den europäischen Hightech-Markt wird für 2011 ein neues Wachstum erwartet. Gemäß der EITO-Prognose wird für den europäischen IT-Markt im Jahr 2011 mit einem Umsatzplus von 3,5 Prozent gerechnet. Positive Trends werden durch Investitionen im Informations- und Telekommunikationsbereich gesehen. Der BITKOM Verband erwartet, dass die Nachfrage der gewerblichen Kunden wieder ansteigen wird, da im Vorjahr verschobene Projekte in 2011 angegangen werden. Insbesondere werden Unternehmen in Lösungen und Technologien investieren, mit denen sie ihre Effizienz steigern können und Liquidität gewinnen.

Die Gesellschaft ist aufgrund hoher Differenzierung auf Ebene von Produkt und Technologie, finanzieller Stabilität und Nachhaltigkeit sowie erstklassiger Referenzen in allen relevanten Märkten gut positioniert, um sich bietende Chancen zu ergreifen und in geschäftlichen Erfolg umzusetzen. Zudem sieht die Gesellschaft gerade in dem von ihr adressierten Feld von Lösungen zum effizienteren Workforce Management starkes Potential zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Zielkunden und damit nachhaltige Absatzchancen.

Die Gesellschaft geht daher für 2011 von einer stabilen bis leicht ansteigenden Umsatzentwicklung aus. Zugleich beabsichtigt ATOSS im Geschäftsjahr 2011 vermehrte Investitionen zur Erschließung neuer Märkte und damit verbundenen neuen Wachstumsmöglichkeiten im Bereich Workforce Management vorzunehmen. Insbesondere sind Investitionen im Vertriebs- und Entwicklungsbereich geplant. Für 2011 erwartet ATOSS aufgrund der geplanten Investitionen eine EBIT-Marge von rund 20%. Das mittelfristige EBIT-Margenziel der Gesellschaft liegt bei über 20%.

Der Vorstand versichert nach bestem Wissen, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft in diesem Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

München, den 28.01.2011

Andreas F.J. Obereder

Christof Leiber